

Es ist klar, daß der ÖGB von heute im Vergleich zu den reformistischen Gewerkschaften von damals noch reaktionärer geworden, noch viel direkter mit dem imperialistischen Monopolkapital zusammengewachsen ist. Dennoch gelten Stalins Ausführungen auch heute.

Stalin verteidigt in der Polemik gegen die "Antigewerkschaftler" das fundamentale Prinzip marxistisch-leninistischer Massenarbeit: "Dort arbeiten, wo die Massen sind" (Lenin, LW 31, S.38).

Ausgehend von diesem Grundsatz hat Lenin dargelegt, daß Revolutionäre auch in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten müssen, wenn dort proletarische und werktätige Massen sind, daß es die Kommunisten verstehen (lernen) müssen, die Rückständigen zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten (vgl. LW 31, S.39). Mit Nachdruck stellte Lenin fest:

■ "Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heißt die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder der 'verbürgerlichten' Arbeiter (...) überlassen." (Lenin, "Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus", LW 31, S.38)

Die Mitarbeit in der Gewerkschaft ist für jeden Kommunisten ein Prinzip. Die Entlarvung der reaktionären Gewerkschaftsführer und die Zerschlagung aller Illusionen über die Reformier-

barkeit und "Übernahme" des imperialistischen Gewerkschaftsapparates ist unumgängliche Vorbedingung, um die Massen zur sozialistischen Revolution zu erziehen.

Gegen Rechtsopportunismus muß allerdings von vornherein auch betont werden, daß die propagandistische und agitatorische Tätigkeit unter dem Industrieproletariat keineswegs bedeutet, die Probleme der Arbeit im reaktionären imperialistischen Gewerkschaftsapparat an erster Stelle zu nennen. Die Arbeit in den Gewerkschaften gleichzusetzen mit der Gewinnung der Avantgarde des Proletariats ist Ökonomismus. Wir müssen heute bei der Frage der Propaganda und der praktischen Arbeit im Proletariat überhaupt davon ausgehen, daß sie wirklich in Inhalt und Form sich in erster Linie an die Fortgeschrittensten der Arbeiterklasse wenden muß.

Es ist eine wichtige Aufgabe der Marxisten-Leninisten, die Prinzipien kommunistischer Gewerkschaftsarbeit umfassend zu studieren, die geschichtlichen Erfahrungen revolutionärer Gewerkschaftsarbeit (darunter die Probleme revolutionärer gewerkschaftsoppositioneller Arbeit und der Bildung revolutionärer, unter kommunistischer Führung stehender Gewerkschaften gegen die gelben, unter Führung der verräterischen Sozialdemokratie stehenden Gewerkschaften) genau zu studieren, um eine den heutigen Erfordernissen entsprechende Linie zur Gewerkschaftsarbeit prinzipienfest ausarbeiten und durchführen zu können.



Impressum:

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ). Medieninhaber, Verleger und Hersteller: Franz S t r o b l. Alle, sowie Adresse der Redaktion: 1150 Wien, Goldschlagstraße 36. Verlags- und Herstellungsort: Wien.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 222

Ausgabe September 1986

S 16,-

Angesichts der Wahl Waldheims und der Regierungsumbildung:

DAS GANZE ÜBEL MUSS BEKÄMPFT WERDEN!



Von Friedrich Engels stammt der bekannte Satz, daß allgemeine Wahlen im kapitalistischen Staat ein "Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse" sind. Gegen den reformistischen Aberglauben an die Macht des Stimmzettels fügte er hinzu, daß diese niemals mehr sind und sein können als eben solche "Gradmesser".

In der Tat ist auch die Wahl Waldheims zum "Ersten Mann im Staat" ein "Gradmesser". Daß dieser Mann mit mehr als 53 % der abgegebenen Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt wurde, gibt ein verheerendes Bild vom Zustand in diesem Land.

Es braucht hier gar nicht im einzelnen aufgezählt zu werden, von

Aus dem Inhalt:

Kirchschlägers Rede - Ein schmutziger Hilfsdienst für Waldheim	4
Einige notwendige Klarstellungen zur sogenannten "Anti-Waldheim-Kampagne"	13
Zur Frage der Mitschuld des Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klasse	16
10 Jahre "Westberliner Kommunist"	22
Leserbriefe	
- Zur Einschätzung Scargills	28
- Zur Einschätzung des ÖGB	30
Impressum	32

welchen ekelerregenden Eskapaden demonstrativer Bekundungen faschistischer Ideologie die Wahl Waldheims begleitet war, von Waldheims "Pflichterfüllung" in der Hitler-Wehrmacht angefangen bis zu frechen antisemitischen Drohungen. Stellvertretend für diese ganze braune Dreckwelle sei hier nur ein Artikel im "Kurier" angeführt. Dort sagt ein Pro-Waldheim-Redakteur so mir nichts, dir nichts, dieser sei doch gar kein Kriegsverbrecher, sondern "lediglich ein opportunistischer Mitläufer" der Hitler-Wehrmacht gewesen ("Kurier", 29.6.1986). Und das Bild dieses "opportunistischen Mitläufers" der blutbesudeltsten Militärmaschine der Welt wird jetzt in allen Amtsräumen als oberster Repräsentant Österreichs aufgehängt, unter dem Bild dieser Kreatur wird in allen Schulen unterrichtet und erzogen. So sieht das höchste Vorbild aus, das man den Kindern jetzt in unserem Land vorstellt.

Im selben Artikel von G. Leitgeb wird offen ausgesprochen, in welchem Geist hierzulande jetzt "Mehrheiten" geschaffen werden: "Mit der unausgesprochenen Devise 'Die Juden sollen das Maul halten' hat die ÖVP für ihren Kandidaten Kurt Waldheim die Präsidentschaftswahl gewonnen... 'das Ausland' hält nun gleich das gan-

ze österreichische Volk für Judenhasser."*

Wahrhaftig, es ist kaum zu fassen, in welcher ungeheuer schmachvollen Lage die in Österreich Herrschenden das österreichische Volk immer mehr bringen. Ministerempfang für den SS-Massenmörder Reder, Denkmalaufstellung für den hingerichteten Kriegsverbrecher Löhner (in dessen Einheiten Waldheim unter anderem "diente"), stehende Ovationen von Vertretern aller Parlamentsfraktionen bei der "Verabschiedung" von SS-Peter... und jetzt noch die Wahl des schon längst als Kriegsverbrecher entlarvten Offiziers der Hitler-Wehrmacht Waldheim zum Bundespräsidenten - zu der erzreaktionären Innenpolitik, zu dem ganzen stinkenden Sumpf immer schamloserer Korruption, Vetternwirtschaft und zynischer Bereicherung der "an der Quelle" Sitzenden kommen mehr und mehr Akte, die Österreich in den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit als Hochburg der dunkelsten Vergangenheit brandmarken.

Bezeichnend ist, daß Österreich in dieser Hinsicht buchstäblich von allen Sachwaltern der hier herrschenden Ausbeuterordnung regelrecht "dicht" gemacht und abgeschottet wurde. Die Kreisky, Gratz und Graff schrien mit den "Staberl" und Reimann von der "Kronen-Zeitung" um die Wette gegen die "unverschämten Einmischungen" aus dem Ausland. Kirchschläger machte in seiner mit infamen Verdrehungen und offenen Drohungen nur so gespickten Rede höchstamtlich seinem Nachfolger die Mauer und wusch ihn unter dem Beifall aller Parlamentsparteien faktisch von jeder Schuld frei.

Von dem erdrückenden Beweismaterial, das in ungezählten Dokumenten die Verwicklung und Beteiligung Waldheims an Nazi-Massakern, Judendeportationen und anderen ruchlosen Nazi-Verbrechen eindeutig belegt, gelangten durch die Filter der bürgerlichen Medien höchstens Bruchstücke und Fetzen an die Öffentlichkeit. Man wagte

* Siehe dazu das Flugblatt der MLPÖ: "DEN SICH VERSTÄRKENDEN ANTISEMITISMUS BEKÄMPFEN!"

Abonnieren Sie ▼ Rote Fahne

Zentralorgan der Marxistisch-
Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ)

Inlandsabonnement für 10
Nummern S 165,-

Auslandsabonnement im
Direktversand ö.S 280,-

Österr. Postscheckkonto
Nr. 1738481

nicht, sie vollständig und zusammenhängend herauszubringen. Schließlich wurde das Tatsachenmaterial fast nur noch am Rande erwähnt als "die üblichen Anschuldigungen" des "Auslands" bzw. des Jüdischen Weltkongresses, denen stereotyp das "Dementi" von Waldheims Wahlbüro über "Lügen" und "Verleumdungen" folgte - "Dementis", die sich ausschließlich und ausnahmslos aufs bloße Leugnen beschränkten und keinerlei Beweiskraft hatten.



Gedächtnisstücke Aus der Schweizer "Weltwoche"

Ein Gipfel reaktionärer Dreistigkeit war schließlich, daß sich Waldheim nach all dem in seiner Antrittsrede hinstellte und mit jesuitischer Scheinheiligkeit von der "furchtbaren Geisteshaltung des Antisemitismus" redete, dem er selbst gerade alle Schleusen geöffnet hatte. Eben jener Waldheim, der kurz zuvor gegenüber der französischen Zeitung "Le Monde" am 3.5.1986 in Goebbels-Manner geiferte, es sei "ein Teil der internationalen Presse... vom Jüdischen Weltkongreß beherrscht, das ist doch bekannt" - "bekannt" ist das aber nur aus dem Geklaff von Hitlers Propagandaminister und für jene, die ihm einst andächtig lauschten und heute in seine Fußstapfen treten!

Was nun angesagt ist, zeigt in aller Deutlichkeit Waldheims Antrittsrede. Die Zeichen sind ge-

stellt auf die Rückkehr zu den "Werten", solchen wie "Moral" und "Leistung". Das ist ein Programm, das einer Wahlbroschüre von Scrinzi oder Burger entstammen könnte.* Waldheims Bekenntnis zur "Heimat" und zum "Vaterland" als Wert, den er über alles stellt, erinnert fatal an das ideologische und politische Rüstzeug des Dollfuß-Schuschnigg-Faschismus. Und bekanntlich hat Waldheim dort auch seine ursprüngliche geistige "Formung" erhalten. Sein "Patriotismus" entstammt dem geistigen Arsenal des austrofaschistischen "Ständestaates", dessen Anhänger in ihrer Masse so mühelos zu Verfechtern der nazifaschistischen "Volksgemeinschaft" und zum Schwenken der Hakenkreuzfahnen hinüberwechselten.

Waldheims Stellung als Integrationsfigur und Repräsentant der finstersten Konterrevolution aller Sorten wird vervollständigt durch sein Bekenntnis zu einem großdeutschen "Reich" unter Einschluß von Österreich, Teilen der Schweiz und anderen Gebieten Europas, das er in seiner niemals widerrufenen Dissertation zum Wohlgefallen der Nazifaschisten abgegeben hat.

Wenn eine solche Kreatur von der herrschenden Bourgeoisie Österreichs zum obersten Repräsentanten ihres Staates gemacht wird, so ist damit absolut nicht zu spaßen,

Fortsetzung auf S.6

* In einem Wahlpamphlet erklärt Scrinzi, daß er für das "andere Österreich" eintrete, wo die "Leistung" wieder zähle, wo dem "Verfall von Sitte und Moral" Einhalt geboten werde usw. Aber offensichtlich hat ihm Waldheim da die Show gestohlen.

Die "K"PO-Revisionisten stellen die Dinge allerdings vollkommen auf den Kopf. Scrinzis Stimmanteil im ersten Wahlgang von "nur" 1,2 % bewerten sie folgendermaßen:

"Ein positives Ergebnis dieser Wahlen war, daß sich das direkt faschistische Potential in Österreich zahlenmäßig noch als gering erwies." (ZK-Mitglied Silbermayr in "Weg und Ziel" 7/8/1986, S.237)

Es ist angesichts des Wahlausgangs und der ganzen damit verbundenen reaktionären und faschistischen Mobilisierungen eine kaum zu überbietende Beschönigung der wirklichen Verhältnisse in Österreich, das faschistische Potential nur in 1,2 % Scrinzi-Stimmen zu sehen. Überhaupt ist es irreführend, das "faschistische Potential" an der Anzahl abgegebener Stimmen festzumachen.

KIRCHSCHLÄGERS REDE – EIN SCHMUTZIGER HILFSDIENST FÜR WALDHEIM

Am 22. April 1986 hielt Kirchschläger eine Fernsehansprache, die von allen Parlamentsparteien begrüßt, als "weise" und "ausgewogen" gelobt wurde – auch von Steyrer und den SPÖ-Führern!

Als Zweck seines Eingreifens nannte Kirchschläger die "Beruhigung" der sehr heftigen internationalen Berichterstattung über den Fall Waldheim. Besonders besorgt ist er um die "wirtschaftliche Stellung" Österreichs in der Welt, d.h. um negative Folgen für die Profitinteressen des österreichischen Imperialismus.

Nicht anders als Graff und Kreisky wendet sich Kirchschläger gegen die "von außen kommende Einmischung", welche angeblich "zu w a n g s - l ä u f i g (!) ihre Auswirkungen auf unsere jüdischen Mitbürger hatte". Mit anderen Worten, Kirchschläger droht direkt, daß die Juden in Österreich die angebliche "Einmischung" von außen, speziell durch den Jüdischen Weltkongress, auszubaden hätten. Wenn jüdische Menschen und Gemeinden in Österreich massenweise Droh- und Schmähbriefe bekommen, wenn Juden sogar auf offener Straße angepöbelt und tödlich angegriffen werden, wie jüngst geschehen, bitte schön, "bedankt" Euch bei den Kreisen im Ausland, beim Herrn Singer usw...

Kirchschläger behauptet auch völlig demagogisch, daß die Entlarvungen Waldheims "gegen das ganze österreichische Volk und unseren angeblichen Volkscharakter gerichtet waren." Das ist primitivste Stimmungsmache, der Appell an die niedrigsten Instinkte, um einen reaktionären Solidarisierungseffekt herbeizuführen, um eine Art "Volksgemeinschaft" hinter Waldheim zu schaffen gemäß dem Motto: Wer Waldheim angreift, greift uns alle an!

Um die beabsichtigte Wirkung der "Beruhigung" herbeizuführen, ist Kirchschläger natürlich auch gezwungen, das eine oder andere aus den Akten über Waldheim zuzugeben; z.B. daß Waldheim "über die gesamte Situation in seinem Tätigkeitsbereich einschließlich der gesamten Kriegsführung am Balkan wohl informiert gewesen sein" mußte, einschließlich über faschistische Massaker, "Vergeltungsmaßnahmen im Partisanenkrieg". Kirchschläger bestätigt damit zwar indirekt, daß Waldheims Behauptung, von allem nichts gewußt zu haben, eine glatte Lüge war, aber ihm ist sowas nicht weiter der Rede wert, hat mit Kriegsverbrechen jedenfalls nichts zu tun; Kirchschläger beeindruckt auch nicht, daß Waldheim auf der Liste der UNO steht, auf der schlimmste Kriegsverbrecher aufgeführt sind.

Tatsächlich geht es nämlich um weit mehr als um die Frage, ob Waldheim von den hitlerischen Kriegsverbrechen gewußt hat, also ein Lügner ist, sondern um die Tatsache seiner konkreten Mitwirkung an diesen Verbrechen. Das muß sogar der westdeutsche "Stern" zugeben:

"Die Dokumente, die der STERN in Washington und New York, in Wien und im Freiburger Bundes-Militärarchiv zusammengetragen hat, enthüllen noch sehr viel mehr. Es sind entweder an Waldheims jeweilige Abteilung gerichtete Lageberichte, Funksprüche und Telegramme, die von ihm wegen seiner Funktion zur Kenntnis genommen werden mußten, oder von ihm persönlich abgezeichnete Meldungen und Befehle. Sie beweisen, daß der Oberleutnant Kurt Waldheim – entgegen seinen Aussagen – von Kriegsverbrechen, Greueltaten an Zivilisten, von den Judendeportationen und Zwangsabschiebungen griechischer Bürger und entwandelter italienischer Soldaten in Arbeitslager nicht nur gewußt haben muß, sondern auch seinen Beitrag dazu geleistet hat." ("Stern" 24/86, 5.6.86)

Kirchschläger lagen klarerweise die selben Dokumente vor, doch die Wahrheit über die kriegsverbrecherische Tätigkeit Waldheims hat er vertuscht.

So behauptet Kirchschläger auch unverfroren, daß bei den Massendeportationen von Juden in Saloniki im Frühjahr 1943 eine "Beziehung zu Herrn Generalsekretär a. D. Dr. Waldheim aufgrund der mir vorliegenden Urkunden nicht feststellbar" sei.



1943: Juden werden in Saloniki, wo Waldheim als Offizier zum Stab der Heeresgruppe E der faschistischen Wehrmacht gehört, nach Auschwitz abtransportiert.

Warum greift Kirchschläger aber gerade dieses Beispiel auf, wo die Spuren Waldheims weniger deutlich sind. Warum spricht er nicht über das Beispiel des Abtransports von Juden in das Vernichtungslager Auschwitz von 1944? Mindestens fünf Zeugen konnten Waldheim ganz eindeutig identifizieren, sie konnten es, weil ihnen die verbrecherische Handlungsweise dieses "Herrenmenschen" unauslöschlich ins Gedächtnis eingeprägt ist. Der "Stern" berichtet darüber:

"Alle fünf Zeugen, die ihre Aussagen unabhängig voneinander gemacht haben, stimmen in ih-

ren Orts- und Zeitangaben vollkommen überein – und in der Identifikation Kurt Waldheims nach der Vorlage von Kriegsfotos."

Zitieren wir zwei Aussagen davon. Jehoshua Maza berichtet:

"Ich bin nicht 100 Prozent, sondern millionenfach sicher. Ich habe diesen großen, schlanken, leicht hinkenden Offizier mit der großen Nase in dem schmalen Gesicht am 24. März 1944 aus einem Wasserflugzeug am See von Joannina aussteigen sehen. Im Lager von Larissa habe ich ihn dann wiedererkannt. Als ich hörte, daß Schmuck und Geld abzuliefern seien, sagte ich meiner Familie: 'Weshalb sollen alle geschlagen werden, gebt mir die Sachen, ich bringe sie für euch hin.' Es war ein großes Paket, das ich ablieferte. Ich stand dabei einen Meter von diesem Offizier entfernt. Als ich ihn mir genau ansah, wurde ich zweimal von ihm mit einem Stock geschlagen – einmal auf den Kopf und einmal ins Gesicht." (Ebenda)

Moshe Mioni berichtet:

"Das Kriegsfoto habe ich in der Zeitung gesehen und in Kurt Waldheim sofort denjenigen wiedererkannt, der am 24. März 1944 in den Mittagsstunden mit einem Wasserflugzeug auf dem See bei Joannina gelandet ist. Ich sah ihn aus dem Flugzeug aussteigen. Am nächsten Tag um sechs Uhr früh hat man alle Juden geweckt. Sie durften 20 Kilo Gepäck aus ihren Häusern mitnehmen. Um sieben Uhr wurden sie auf dem Platz beim Krankenhaus versammelt. Eine Stunde später wurden alle Juden auf Lastwagen verfrachtet und in Richtung Larissa abtransportiert. Zwischen dem 26. und 27. März erschien dieser Offizier nochmals im Lager von Larissa und hielt vor den Internierten eine Ansprache. In dieser von einem Dolmetscher übersetzten Rede befahl der Offizier, daß alle Schmuckstücke, Geld und sonstigen Wertsachen abzuliefern seien. Wer dieser Anordnung



Das ist eines der Fotos, nach denen griechische Juden Waldheim identifizierten – aufgenommen 1943 auf dem Flugplatz von Podgorica.

nicht folge, werde erschossen. Daraufhin gingen die Internierten zu ihm und warfen ihre Wertgegenstände zu seinen Füßen. Jeder, der das tat, bekam mit einem Stock einen Schlag über den Kopf. So erging es auch meinem Bruder. Ich stand nur drei Meter entfernt und sah den Offizier sehr genau. Sein Gesicht hat sich mir eingeprägt, wen könnte das wundern." (Ebenda)

Nach dem heutigen österreichischen Recht ist eine Bestrafung dieser Verbrechen nicht mehr möglich. Hierzulande verjähren mit lebenslanger Haft bedrohte Verbrechen – also auch Beihilfe zum Mord oder Völkermord – bereits nach 20 Jahren. Doch ganz unabhängig davon können wir den Waldheim und Kirchschläger versichern: Einmal wird voll bezahlt!

»Ich bin
nicht 100 Prozent,
sondern
millionenfach
sicher«

Jehoshua Maza



Michael Maza

»Das ist
der Offizier,
der uns
geschlagen
hat«



Moshe Mioni

»Sein Gesicht
hat sich mir
eingeprägt, wen
könnte das
wundern«



»Jawohl,
das ist der
Offizier, der bei
uns in Larissa
war«

Nahum Negrin



Fortsetzung von S.3

sondern müssen alle fortschrittlichen und revolutionären Menschen wirklich alarmiert sein.

Waldheim als Bundespräsident - das ist eine Schande für das österreichische Volk, ein schwerer Schlag gegen die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, ein Faustschlag ins Gesicht aller Antifaschisten, eine Verhöhnung aller Widerstandskämpfer gegen den Hitlerfaschismus, all der massakrierten Juden und aller Opfer der nazistischen Mordmaschine in Österreich und überall sonst auf der Welt.

Die Bestellung Waldheims und ausgerechnet Waldheims zum Bundespräsidenten, das unbedingte Festhalten an ihm nach allem, was passiert ist und was Waldheim verkörpert, hat eine eindeutige Funktion. Es signalisiert, daß die kapitalistischen Machthaber Österreichs im raschen Tempo darangehen, für die Ausgebeuteten und Unterdrückten die Ketten enger zu ziehen.

Wie schnell das geht und was auf die Werktätigen unseres Landes da zukommt, zeigte unmittelbar nach dem Sieg Waldheims die Bildung der Regierung Vranitzky.

DIE REGIERUNGUMBILDUNG - DEMONSTRATIVE VERSCHÄRFUNG DES REAKTIONÄREN, ARBEITERFEINDLICHEN POLITISCHEN KURSES

Nach dem überlegenen Wahlsieg von Waldheim haben die SPÖ-Führer genau erkannt, was "die Zeichen der Zeit" sind, d.h. was jetzt von ihnen als Sachwalter des österreichischen Monopolkapitals verlangt wird. Als besonders "schlaue" Schachzug präsentierten sie die Bildung der Regierung Vranitzky. Die "Krone" kommentierte die Regierungsumbildung als Versuch, die von der ÖVP propagierte "Wende" vorwegzunehmen. Das reaktionäre Blatt bemerkt, daß über die Regierungsumsetzung zwar die "Linken" in der SPÖ und die Grünen murren, dafür aber aus der Industriellenvereinigung verhaltener Bei-fall ertönt ("Kronen-Zeitung" 11.6.1986). - Kein Wunder! Schauen wir uns nur kurz Vranitzky und sein Team an, die Österreich noch ein Stück "moderner" machen sollen:

● In der erzreaktionären "Krone" findet sich eine Würdigung Vranitzkys, die günstiger gar nicht ausfallen kann. Über den von der Banketage in die Regierung übergewechselten Androsch-Zögling, den vom Kapitalisten- und Managerblatt "trend" zum "Mann des Jahres 1984" erkorenen Vranitzky heißt es: "Er fügt sich nahtlos in die internationale Bankerelite. Die wirt-

schaftliche Führungsschicht der westlichen Welt empfindet ihn sicher als einen der ihren." ("Kronenzeitung", 11.6.1986).

● Oder nehmen wir den neuen Verstaatlichten-Minister Streicher. Streicher wurde von Steyr-Daimler-Puch abberufen, wo er erst kurz vorher Firmenchef geworden war, der mit "beinharten Sanierungsvorstellungen" und "rigorosen Ideen" den Betrieb "sanieren" sollte (vgl. "Wochenpresse", 1.4.1986). Zum gleichen Zweck wurde dieser "SP-Parademanager" nun in die Verstaatlichte geholt. Auch er ist sich des Lobs sicher, nämlich das der großkapitalistischen Presse und.. der "Opposition": "Dem neuen Verstaatlichtenminister kann man in betriebswirtschaftlichen Fragen sicher kein 'X' für ein 'U' vormachen." Dieses Kompliment für den Nachfolger von Ferdinand Lacina kommt nicht aus der Ecke der Regierungspartei, sondern sogar von Seiten der Opposition. ("Die Presse", 20.6.1986).

● Kommen wir zum neuen Außenminister Jankowitsch. Ihm haftete bisher das Image eines "Vorausdenkers" vom "linken Flügel" der SPÖ an. Dieser Jankowitsch bekommt vielleicht das dickste Lob von der Opposition: "Die Europapolitik Jankowitschs ist uneingeschränkt positiv zu beurteilen." Zu dieser besonders in Vorwahlzeiten ungewohnt euphorischen Bilanz über den neuen Außenminister kommt ausgerech-

net der Buhmann aller sozialistischen Außenpolitik, der VP-Abgeordnete Andreas Khol." ("Die Presse", 7.8.1986)

● Nehmen wir schließlich noch den neuen FP-Kriegsminister Krünes. Er will sogar noch einen Frischenschläger in den Schatten stellen. Er hat bereits offen erklärt, daß ihm die "Draken" als "Luftraumüberwachungsflugzeuge" zuwenig effektiv erscheinen, daß ihm der Ankauf allermodernster amerikanischer Jagdflugzeuge lieber wäre. Zugleich macht er Arm in Arm mit dem neuen amerikanischen Botschafter Lauder gezielt Stimmung für die Raketenbewaffnung des Bundesheers.

Die personalen Veränderungen sind also bereits unübersehbares Indiz für eine dramatische Verschärfung des arbeiterfeindlichen Kurses auf allen Gebieten.

Die Vranitzky-Regierung ist getreten, um noch drastischer und ungehemmter als ihre Vorgängerin die Politik der Massenentlassungen, der gesteigerten Ausbeutung in den Betrieben, des Angriffs gegen die Sozialleistungen, des Ausverkaufs, der Verschärfung der politischen Unterdrückung, der Faschisierung und der Militarisierung durchzuführen. "Ohne Härten wird's net gehen!", erklärte Vranitzky gegenüber dem "Kurier".

Die Politik der verschärften Angriffe gegen die Lebenslage der Arbeiter und anderen Werktätigen geht einher mit dem Ausverkauf der verstaatlichten Industrie*. Auch dazu nimmt sich Vranitzky kein Blatt vor den Mund: "Zusammenarbeit mit Privaten, Fusionierungen mit In- und Ausländern, dafür sind wir offen, das befürworten, ja betreiben wir." ("Kurier", 27.6.1986). Kein Zweifel, daß diese Politik auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen wird und ihre Lage weiter verschärft.

* Darauf muß an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden. In Abgrenzung von allen reformistischen Demagogen über den vermeintlich "sozialistischen" Charakter der verstaatlichten Industrie muß gezeigt werden, daß den Arbeitern natürlich nicht gleichgültig sein kann, wie das Finanzkapital in der Verstaatlichten schaltet und waltet, wie der hemmungslose Ausverkauf betrieben wird. Die Bourgeoisie tut das alles offensichtlich, weil es ihr nützt, während es den Arbeitern schadet und sich gegen sie richtet.

Überhaupt hat die Vranitzky-Regierung bereits den Übergang zum faktischen EG-Beitritt Österreichs angekündigt. Für Jankowitsch heißt Europa nun "EG, EG und nochmals EG" ("Die Presse", 7.8.1986). Angestrebt ist die "Abschaffung aller Zölle" als nächste "Integrationsstufe" bis hin zur Beseitigung der letzten Hindernisse, damit "die Grenzbalken wirklich fallen" (ebenda)! Das ist das kaum mehr verhüllte "Anschluß"-Programm, das zur noch stärkeren Unterordnung Österreichs unter den westdeutschen Imperialismus führen wird und führen muß.

Was jetzt auf die Arbeiter zukommen wird, wird schneller als so mancher denkt, die schlimmsten Befürchtungen übertreffen. Das zeigen bereits die angekündigten 10.000 Entlassungen bei der VÖEST, denen in Kürze weitere Massenentlassungen in anderen Bereichen folgen werden.

DIE "MISSION" DER VRANITZKY-REGIERUNG: DEN VERSCHÄRFTEN ARBEITERFEINDLICHEN KURS DURCHSETZEN, DIE ARBEITER VOM KAMPF DAGEGEN ABHALTEN!

Warum hat die Wahlschlappe der SPÖ bei den Bundespräsidentenwahlen nicht unmittelbar zu Neuwahlen geführt**? Der Grund dafür liegt im Kern darin: Gerade unter den Bedingungen der Kapitaloffensive gegen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse hat es für das Großkapital viele Vorteile, vom Hintergrund aus die Fäden ziehen zu können und die schmutzigsten Machinationen von einer "sozialistischen" Partei und "sozialistischen" Ministern durchführen und verantworten zu lassen.

Hier spielt vor allem eine entscheidende Rolle: Diese Regie-

**Auf die jüngsten innenpolitischen Ereignisse, die Regierungsmanöver und die vorgezogenen Nationalratswahlen usw. werden wir in einer kommenden RF-Nummer ausführlich eingehen.

rung hat noch immer die weit größere "Fähigkeit", die Arbeiter vom effektiven Widerstand gegen die gesteigerte Ausbeutung, die Massenentlassungen, den Sozialabbau usw. abzuhalten als eine Regierung unter "schwarzer" Führung.

Nehmen wir ein Beispiel. Läßt sich etwa vorstellen, daß sich ein Mock und ein Graff vor zehntausende Arbeiter hinstellen kann, um ihnen die angebliche Notwendigkeit von "Opfern" plausibel zu machen, wie das Sinowatz und Lacina im Jänner in Leoben und Linz taten. Es läßt sich leicht ausmalen, was passiert wäre, wenn ein Mock und ein Graff vor die Arbeiter getreten wären, um ihnen geradezu zu erklären, daß ihre Arbeitsplätze keineswegs gesichert seien und folglich mit Massenentlassungen zu rechnen sei, die sie demütig hinzunehmen hätten! Sie hätten mit Sicherheit mehr kassiert als Pfiffe. Das "Profil" bemerkt dazu, daß es "der ÖVP wahrscheinlich schwerfiel, eine Regierung zu präsentieren, die an die derzeitige heranreicht. Weil die SPÖ nicht zuletzt auf das Stillhalten des ÖGB bauen darf, während eine ÖVP, die Kündigungen durchzuführen hätte, vermutlich mit Protestmärschen konfrontiert wäre." ("Profil" Nr.37, 8.9.86).

Natürlich sind auch in dieser Beziehung die Dinge in Bewegung geraten. Auch ein Vranitzky würde heute in Betriebsversammlungen und Kundgebungen schon so manches andere zu hören bekommen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Vranitzky-Regierung vergleichsweise rasch verschleißt und ihre Fähigkeit einbüßt, in dieser Hinsicht dem Kapital optimale Dienste zu leisten.

In den bürgerlichen Medien wird z.B. bereits darauf hingewiesen, daß die "erste Euphorie schnell verflogen sein" könnte, wenn Vranitzky nur als ein "Verpackungskünstler" ans Werk gehe, der "höchstens Reparaturarbeit" leiste ("Kronenzeitung", 11.6.86), der aber keine entscheidende "Wende" schaffe, weshalb dann eine "konsequente" Lösung notwendig sei.

Trotzdem oder gerade deshalb konnte das Finanzkapital mit der Vranitzky-Regierung zunächst sehr zufrieden sein. Denn diese SPÖ-geführte Regierung brachte es in einer sehr entscheidenden Phase der Weichenstellungen für immer härtere Schläge gegen die Arbeiterklasse fertig, den Widerstand weitgehend zu lähmen, gestützt auf die ÖGB-Führer und ein ganzes Netz arbeitertokratistischer Funktionäre die Arbeiterschaft zu demoralisieren und vom Kampf für ihre Interessen abzuhalten. Das ist für das Finanzkapital ein unbezahlbarer Liebesdienst.

Die furchtbaren Folgen des Dahingehaltenwerdens werden die arbeitenden Menschen auch noch zu einem Zeitpunkt spüren, wenn diese Regierung für die Herrschenden ihre "Mission" erfüllt hat und durch eine andere Kombination des Finanzkapitals ersetzt sein wird, mit oder ohne SP-Führer in der Regierung.

In der Tat betreiben die SPÖ-Häuptlinge schon neue Betrugsmanöver, um in kommenden Zeiten ihrer reaktionären Rolle auf jeden Fall gerecht werden zu können.

Hier geht es vor allem um den Hintergrund des festzustellenden Phänomens:

Bei der SPÖ ist auf den ersten Blick ja überraschend, daß sie als Reaktion auf eine Wahlniederlage, die besonders durch das Abwandern traditioneller Arbeiterwähler entstand, keineswegs ihre "linke" Demagogie verstärkt, sondern ihren alten Wählern noch den zusätzlichen Fußtritt verpaßte, den kaltschnäuzigsten Manager aus der Hochfinanz an die Spitze zu stellen.

Erstens ist das Ausdruck der leider sogar noch berechtigten Einstellung "Was kann uns denn schon passieren? Wir können uns in diesem Land leisten, was immer wir wollen!".

Zweitens wird hier wieder ein Indiz dafür sichtbar, daß ein Teil der SP-Führung (während ein ande-

rer nach großer Koalition oder sogar nach Konzentrationsregierung schielt) mit der Möglichkeit liebäugelt, für 4 Jahre in eine demagogische "Opposition" zu gehen, in dieser Zeit fest an der Durchziehung großer reaktionärer Projekte mitzuwirken, danach aber wieder wie der Phönix aus der Asche als Erlöser aufzutauchen mit der Argumentation: Hättet Ihr uns gewählt, wären Euch alle Übel erspart geblieben und müßten wir jetzt nicht so viele Opfer bringen, um den von den Schwarzen verfahrenen Wagen wieder flottzumachen (eine Argumentation, der sich umgekehrt übrigens auch die "Schwarzen" bedienen können und auch bedienen!).

Das ist ja eben die wunderbare Möglichkeit, welche der Parlamentarismus den Parteien und Politikern des Kapitals gibt: die Träger des Systems können in immer neuen Masken, nicht nur mit immer neuen Tricks, sondern selbst als was "Neues" auftreten, ohne daß sich jemals das Geringste ändert.

Damit sich aber wirklich mal was ändert, nämlich im Interesse der Arbeiterklasse, damit dieses reaktionäre Spiel durchkreuzt und der konsequente Kampf gegen das gesamte Übel aufgenommen und vorangetrieben werden kann, ist unerlässlich, die reaktionäre Theorie vom "kleineren Übel" zu zerschlagen.

DIE WALDHEIMWAHL, DIE REGIERUNGUMBILDUNG UND DER REAKTIONÄRE

SCHMÄH VOM "KLEINEREN ÜBEL"

Auch dieses Mal konnte man es wieder erleben: Diverse pseudo-"linke" Gruppierungen innerhalb und außerhalb der SPÖ gaben direkt oder indirekt eine Wahlempfehlung für den SPÖ-Kandidaten Steyrer ab. Einige taten es "mit Bauchweh" und - wieder einmal - "vielleicht zum letzten Mal". So formulierte eine "Initiative 8.Juni" in einem grossen Zeitungsinserat, Steyrer erschiene ihnen, gemessen an Waldheim, als "der bei weitem geringeren Schaden für unser Land".

Aber was zeigte sich denn nach dem Wahlsieg Waldheims? Eben jene SPÖ-Führer, die angeblich weniger schlimm seien, machten sofort einen so gewaltigen Rutsch nach "rechts", daß sogar die ÖVP-Führer für einen Moment "irritiert" waren ("Kronenzeitung", 11.6.86). Und in der Tat: Sind diese SPÖ-Führer und diese SP-geführte Regierung jetzt nicht selbst auf einen "Scharfmacher"-Kurs eingeschwenkt, wie ihn vor einiger Zeit noch nicht einmal die Führer des "größeren Übels" von der ÖVP zu formulieren gewagt hätten?

Die Politik des "kleineren Übels" hat eben ihre eigenen Gesetzmäßig-

keiten. Schritt für Schritt führt sie zu immer größeren Übeln, die nur im Vergleich zu den jeweils noch größeren Übeln als die "kleineren" hingestellt werden können. Die Maßstäbe verschieben sich, die Skala gleitet: was gestern noch als rechts begriffen wurde, erscheint heute als Zentrum und präsentiert sich morgen vielleicht schon als "links".

Die Politik der Begünstigung der "kleineren Übel" hat noch allemal schnurstracks zu den größten Übeln geführt. Wer mit "Besser SP als VP" beginnt, wird bald mit "Besser VP als FP", besser "FP als NDP" fortsetzen und am Ende nach dem "besseren" Faschismus fragen - es ist eben der Weg in die faschistische Hölle, der mit solchen "Argumenten" gepflastert ist.

Ist nicht ein solcher Parade-"Linker" wie Cap inzwischen dahin gelangt, im Parlament seine Hand zur Unterstützung des Ministerempfangs für den SS-Massenmörder Reder zu heben - eben unter Berufung, nicht dem "größeren Übel" in die Hände arbeiten zu wollen?!

Oder denken wir daran, wie die

Fortsetzung auf S.11

DIE "K"PÖ-REVISIONISTEN - IM SCHLEPPTAU DER SOZIALDEMOKRATIE

Während die GRM-Trotzkisten offen als Wurmfortsatz der SPÖ aufgetreten sind, indem sie direkt dazu aufrufen "Steyrer wählen!", haben die "K"PÖ-Revisionisten das gleiche Spiel nur versteckter betrieben.

Aus Angst, sich allzu sehr zu diskreditieren, wagten es die Muhri-Revisionisten zwar nicht, direkt zur Stimmabgabe für Steyrer aufzurufen. Doch an ihrer faktischen Unterstützung des SPÖ-Kandidaten kann kein Zweifel bestehen. Als "nicht wählbar" erklärte ein diesbezüglicher "K"PÖ-Beschluß lediglich Waldheim. Darüber hinaus, heißt es aber in dem Beschluß, "stellen wir es unseren Mitgliedern, unseren Wählerinnen und Wählern frei, über ihre Haltung am 8. Juni selbst zu entscheiden." ("Volksstimme", 25.5.1985).

Diese Stellungnahme ist in jeder Hinsicht ein Hohn. Zunächst ist es ein total antileninistischer Liberalismus hoch zwei, den Parteimitgliedern und -Anhängern zu erklären: Macht was ihr wollt, nur wählt Waldheim nicht. Wie Lenin immer wieder betont hat, darf es in der taktischen Haltung einer kommunistischen Partei auch nicht den Anflug einer Zweideutigkeit oder Verschwommenheit geben. Aber was will man erwarten. Schließlich ist die "K"PÖ schon längst keine kommunistische Partei mehr.

Ganz direkt kommt in dem "K"PÖ-Beschluß zum 2. Wahlgang und seiner Begründung durch Muhri zum Vorschein, daß die "K"PÖ-Revisionisten illusionäre Hoffnungen in die SPÖ nähren. Muhri erklärte nämlich,

"daß der Schock des ersten Wahlganges Steyrer nun zu Versprechen veranlaßt hat, die im verstaatlichten Bereich den Erwartungen der Werktätigen entsprechen." ("Volksstimme", 25.5.1986, S.2)

Mit keinem Wort entlarvt Muhri die Verlogenheit dieser Wahlversprechen des SPÖ-Kandidaten. Nein, es wird direkt die trügerische Hoffnung erweckt, als könne ein Wahlsieg Steyrers zur Einlösung dieser leeren Versprechungen führen. Muhri macht lediglich die "Einschränkung", daß man sich auf die Wahl Steyrers allein nicht verlassen könne. "Ent-

scheidend für die Durchsetzung dieser Forderungen sind daher gemeinsame Aktionen und Bewegungen." (Eb.) Kurzum, die Arbeiter können gemeinsam mit Steyrer an einem Strick für die Durchsetzung der von Steyrer im Wahlkampf formulierten Versprechen ziehen.

Was bleibt, sind Liebesdienste für die reaktionäre und imperialistische Sozialdemokratie, über die katastrophale Illusionen geschürt werden.

So heißt es in der Erklärung "Zur Bundespräsidentenwahl am 8. Juni" auch, es habe sich lediglich der "entscheidende Teil der SPÖ-Spitze ... in den Dienst des Monopolkapitals mit dessen Herrschaftsschicht gestellt", während ein anderer Teil wohl im Dienst des arbeitenden Volkes steht?! Der SPÖ wird bescheinigt, sie arbeite durchaus an der Friedenssicherung, nur leider "inkonsequent", sie mache "unzulässige Konzessionen" und bleibe "hinter den Positionen der SPD zurück" - die scheinbar weniger "inkonsequent" für die Frieden eintritt?! Heißt das denn nicht, die Arbeiter nach Strich und Faden über die durch und durch reaktionäre Rolle der Sozialdemokratie als Sachwalter des österreichischen Monopolkapitals zu betrügen?

Dahinter steht nichts anderes als die verbrecherische revisionistische Theorie vom "friedlichen Weg zum Sozialismus", den man "in Form eines Mehrparteiensystems" auch mit Teilen der SPÖ-Führung gehen könne. (Vgl. dazu ausführlich RF 210, S.43)

Dokumente des Kampfes GEGEN DEN KPÖ-REVISIONISMUS

1963-1971



Fortsetzung von S.9

Kreisky und Sinowatz die ärgsten politischen Halsabschneider von der FP aufgepöppelt haben, denen sie gleich 3 Ministerien auslieferten - eben unter Berufung auf das "Erfordernis", das "größere Übel" zu verhindern?

Und ist schließlich nicht Tatsache, daß in den 16 Jahren SPÖ-geführter Regierungen, darunter 13 Jahren SPÖ-Alleinregierung, die Reichen noch reicher geworden, während die Armen relativ und zunehmend auch absolut noch mehr verelendet sind? Ist die Militarisierung und Faschisierung in diesen Jahren des Regierens des "kleineren Übels" denn nicht mehr und umfassender vorangetrieben worden als jemals zuvor unter einer "schwarzen" Regierung? *

Zeigt das alles nicht deutlich genug, daß das "kleinere Übel" bloß die Ouvertüre des größeren Übels, bloß seine Anfangs- und Übergangsphase ist?

Die Aufgabe der revolutionären Arbeiterbewegung und jedes fortschrittlichen, vorwärtsdrängenden Menschen kann es niemals sein, unter diversen Übeln das "Unterstützenswürdigste" herauszufinden, sondern nur gegen **a l l e** Übel zu kämpfen!

Kann eine solche Haltung der ÖVP oder irgendeiner anderen Vertretung der Reaktion nützen? Auf keinen Fall! Wer den Massen die Augen öffnet, hilft damit niemals der Reaktion; das tun nur jene, die den arbeitenden Menschen ideologisches Opium einträufeln und sie mit Illusionen füttern.

Die Meinung, die Kreisky, Sinowatz

* Mittlerweile ist viel die Rede von der "Wende". Besonders die SPÖ-Führer und ihre Mittelsmänner ereifern sich, es dürfe keinesfalls zu einer "Wende" kommen, wobei sie so tun, als könne es sich nur um eine Wende zum Schlechteren handeln, da eine Wende zum Besseren in einem so herrlichen "sozialen Wohlfahrtsstaat" wie Österreich doch garnicht möglich sei. Mit diesem plumpen Trick suchen sie ihre Politik als unterstützenswert hinzustellen und so zu tun, als ob es unter ihrem Szepter angeblich doch auf einem fortschrittlichen Weg vorwärts gehe, wenn auch langsam, qualvoll und mit Hindernissen, während das alles mit einer ÖVP-geführten Regierung wieder umgedreht und rück-

und Vranitzky seien "immer noch besser als die anderen", man müsse sie daher nachsichtig behandeln, um nicht vom Regen in die Traufe zu kommen, ist eine Kapitulation vor dem pseudosozialistischen "Schmäh", vor dem "modernen" Reklameflitter, vor der bis zur Virtuosität entwickelten sozialen Demagogie der SP-Führung. Sie ist letzten Endes ein Ausdruck der Wahnvorstellung, über die SP-Führer, zumindest mit Teilen von ihnen, gebe es, wenn auch auf diversen Umwegen, vielleicht doch einen Weg nach vorne, zum Sozialismus.

Es gibt ihn nicht. Die Kreisky, Sinowatz, Vranitzky waren noch immer Wegbereiter der äussersten Reaktion und bewähren sich immer wieder in dieser ihrer klassenmäßigen Funktion als dienst-eifrigste Sachwalter, Lakaien und Steigbügelhalter des Finanzkapitals.

Der Weg des "kleineren Übels" ist der Weg vom Regen in die Traufe, der Weg zu immer größeren Übeln. Erst wenn die Massen das klar erkennen - das heißt, wenn es ihnen klar gemacht wurde! - erst dann werden sie den Kopf und beide Hände frei haben für die entscheidende Auseinandersetzung mit dem vor unseren Augen verfaulenden kapitalistischen System und allen seinen Stützen.

Das ganze betrügerische Spiel mit den "kleineren Übeln" zielt ja gerade darauf ab, den Arbeitern und anderen Werktätigen den Blick auf den einzig möglichen Ausweg aus dieser Ausbeuterordnung zu verstellen. Innerhalb

gänglich gemacht würde.

Hinter solchen "Wende"-Vorstellungen verbergen sich also katastrophale Illusionen über die reaktionäre und imperialistische Politik der SPÖ-Regierungen. Das ist nur ein anderer Ausdruck der irrigen Ansicht vom "kleineren Übel". Gerade angesichts der zunehmenden Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Situation müssen dagegen die einzelnen Regierungsphasen als Glieder einer einheitlichen Kette reaktionärer und imperialistischer Politik gekennzeichnet werden, die man nicht willkürlich auseinanderreißen und einander als "gut" und "schlecht" gegenüberstellen kann.

dieses auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen begründeten Systems kann es keine "Gesundung", keinen "Wechsel" im Interesse der arbeitenden Massen geben.

Die vielfältigen Manöver des parlamentarischen Kretinismus haben allesamt nur den Zweck, die Existenz dieses verdamnten Ausbeutersystems zu verlängern, die Knechtung der Arbeiter zu verewigen.

Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll - das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus.

Die einzige und wirkliche Alternative für das Proletariat und die anderen Ausgebeuteten ist demgegenüber der unversöhnliche Kampf zur gewaltsamen Zerschlagung dieser ganzen verfaulten "Ordnung" in der proletarischen Revolution.

Nur der Kampf für eine wirklich revolutionäre Macht der Arbeiter, die ihrem Wesen und ihrem Inhalt nach nur die Diktatur des Proletariats sein kann, nur der Kampf für den Sozialismus und Kommunismus bietet die Perspektive des grundlegenden Auswegs.

Deshalb gibt es keine dringendere Aufgabe als die systematische Vorbereitung auf die siegreiche Durchführung dieser großen Aufgabe, dafür müssen mit höchster Energie die revolutionären Kräfte gesammelt und geschmiedet werden (was unter bestimmten Voraussetzungen auch die Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments als Tribüne des Klassenkampfes, für die Propaganda der proletarischen Revolution einschließt).

Nicht die Ausrichtung auf irgendwelche parlamentarischen Winkelzüge, sondern nur die Konzentration auf die Organisierung des revolutionären außerparlamentarischen Massenkampfes kann die Sache des Proletariats vorwärtsbringen.

Der Angelpunkt dabei ist heute die Schaffung einer starken Vorhutpartei der Arbeiterklasse (als deren Aufbau- und Entwicklungsform sich die MLPÖ versteht), die den Klassenkampf des Proletariats in all seinen Formen leitet, eng mit den Massen verbunden ist, aufrichtig Kritik und Selbstkritik übt und gewappnet mit der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus die für die siegreiche sozialistische Revolution nötige Bewußtheit und Organisiertheit schafft.

"Männer, die es wissen müssen..."

"Männer, die es wissen müssen" - Unter diesem Titel wurden in einer Wahl-Sonder-Nummer der "sozialistischen" "Kärntner Tageszeitung" die "Stimmen der Ehemaligen" für den SPÖ-Kandidaten Steyrer angeführt. Wer und was da zu Wort kam, spricht Bände. Angehörige der Waffen-SS und sonstige "Kameraden" durften ihren Dreck abladen. So schreibt etwa der Alt-Landtagspräsident Tilian, wie Waldheim ebenfalls Angehöriger der von Lohr kommandierten Hitler-Wehrmachtstruppe am Balkan:

"Wir alle haben von den Deportationen der griechischen Juden gewußt, selbstverständlich auch Waldheim. Ein Waldheim konnte sich davonschleichen. Mit seinen Gedächtnislücken hat er die gesamte Kriegsgeneration vor den Kopf gestoßen. Für uns alte Frontkämpfer ist nur jemand wählbar, der mannhaft zu dem steht, was er getan, gesehen oder gesagt hat. Unser Mann ist Kurt Steyrer, keine Frage."

Hier erübrigt sich jeder Kommentar.

EINIGE NOTWENDIGE KLARSTELLUNGEN ZUR SOGENANTEN "ANTI-WALDHEIM-KAMPAGNE"

Von den verschiedensten Seiten aus wurde während und nach dem Präsidentschaftswahlkampf gegen die sogenannte "Anti-Waldheim-Kampagne" Stellung genommen. Bemerkenswert daran ist, daß das Geschrei gegen diese "Kampagne" nicht nur von den erklärten "konservativen" Waldheim-Protagonisten angestimmt wird. Nicht nur die ÖVP schäumte gegen die "Verleumdungskampagne" aus dem "Ausland" gegen Waldheim, nicht nur die faschistische "Nationalzeitung" tobte gegen das "Kesseltreiben gegen Waldheim", nein, auch sogenannte "sozialistische" und sogar "kommunistische" Kräfte stimmten in das gleiche Lied ein.

Die Moskauer Revisionisten tönten nach der Wahl Waldheims:

"Die US-Regierung und zionistische Kreise übten flagrante Einmischung in den Wahlkampf aus und entfachten eine Kampagne persönlicher feindseliger Angriffe gegen Waldheim in dem Versuch, das Wahlergebnis zu beeinflussen." (TASS, 8.6.1986)

Die Kreml-Fürsten nehmen Waldheim offen in Schutz und loben ihn als "hervorragende politische Persönlichkeit" (ebenda)! Wahrhaftig, zeigt das nicht überdeutlich, daß die Moskauer Machthaber heute fest im Lager der Weltreaktion stehen?

Die "Kampagne" gegen Waldheim verurteilen aber auch sogenannte "sozialistische" Kreise, die sich für Steyrer ausgesprochen haben. So äußerte Kreisky z.B.:

"Ich glaube schon, daß im Fall Waldheim die Rechte eines Landes (gemeint ist die Rechte Israels, AdV) der anderen Rechten in die Hände spielen dürfte." ("Kronenzeitung", 28.5.1986)

Die "sozialistische" "Kärntner Tageszeitung" stellte die Frage ganz im Stil der "National-Zeitung":

* In diesen Chor stimmt übrigens auch Ghaddafi ein. In einem "Brief an das österreichische Volk" hat Ghaddafi die Wahl Waldheims als "Akt gegen den internationalen Zionismus" bezeichnet. Das libysche Staatsoberhaupt behauptet, der Zionismus habe sich "in die innerstaatlichen Angelegenheiten Österreichs eingenistet und wollte das österreichische Volk beeinflussen, wer gewählt werden soll". Ghaddafi betrachtet die Wahl Waldheims "als Ehre für das österreichische Volk, weil damit der Anfang der Niederlage des Zionismus nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen Welt gemacht wurde."

"Ist Waldheim dem Weltjudentum (!!) zu Dank verpflichtet?" (13.5.1986)

Ob sie sich nun wie die Kreml-Führer gegen die "Kampagne" aussprechen, weil damit einer "hervorragenden politischen Persönlichkeit" geschadet würde, oder ob SP-Führer beklagen, diese Kampagne habe Waldheim doch nur Stimmen und vielleicht sogar den Wahlsieg gebracht - allen diesen Stellungnahmen ist ein Kern gemeinsam: Sie behaupten, daß diese "reaktionäre" Kampagne angeblich der Sache des Fortschritts, bzw. was sie darunter verstehen, geschadet habe. Deshalb müsse man diese "Kampagne" verurteilen. Darin sind sie sich völlig einig, von den Moskauer Revisionisten bis zu den Führern der SPÖ und KPÖ.*

Was bedeutet das? Offensichtlich nichts anderes, als daß es angeblich besser gewesen wäre, wenn all die Enthüllungen über die kriegsverbrecherische Vergangenheit Waldheims unterblieben wären! Mit anderen Worten: Gemäß dieser merkwürdigen "Logik" würde es der Sache des Fortschritts dienlicher sein, wenn die Vergangenheit Waldheims im dunkeln geblieben, d.h. vertuscht worden wäre! Keine andere Schlußfolgerung kann aus all diesen Positionen abgeleitet werden! Und das zeigt, daß diese Positionen selbst durch und durch reaktionär sind. Sie können auf nichts anderes hinauslaufen als auf eine Beschönigung der Wirklichkeit.

In diesem Zusammenhang müssen noch zwei "Einwände" zurückgewiesen und entlarvt werden, die hier kommen.

Zum ersten heißt es in der schändlichen TASS-Meldung:

"Heute wird es immer offensichtlicher, daß die wahren Gründe für die Kampagne gegen

Ghaddafi glorifiziert damit Übelsten Antisemitismus als zu begrüßenden "Akt gegen den internationalen Zionismus". Er betreibt damit genau den selben demagogischen Trick, den wir von diversen Reaktionären und Faschisten her kennen. Ghaddafi, der sich selbst als "Antimperialist" präsentiert, in Wirklichkeit jedoch eine kompradorenhafte Figur des vom Imperialismus abhängigen Staates in Libyen ist, hat sich damit klar das Zeugnis eines Reaktionärs ausgestellt. Sage mir, wen Du lobst, und ich sage Dir, wer Du bist...

Waldheim nicht in seiner Vergangenheit liegen. Zudem werden die Beschuldigungen von jenen erhoben, die Tausenden von Nazi-Kriegsverbrechern in den USA Zuflucht vor einer gerechten Vergeltung gewähren."

Diese "Argumentation" wird vielfach noch ergänzt mit dem Hinweis, daß Leute wie Israels Außenminister Shamir schließlich selbst üble Faschisten sind. So äußerte Kreisky etwa:

"Yitzhak Shamir hat es am wenigsten notwendig, Appelle an die Welt zu richten. Er ist einer der übelsten Erscheinungen im internationalen Leben. Er war ein Terroristenführer" ("Kronenzeitung", 28.5.1986).

Wir wollen selbstverständlich nicht bestreiten, daß Leute wie Shamir üble Konterrevolutionäre waren und sind.

Aber darum geht es hier nicht! Kreisky, den die faschistische Vergangenheit etwa eines SS-Peters nicht im geringsten gestört hat, führt das ja lediglich deshalb an, um zu fordern, daß Shamir gefälligst still sein soll. Das heißt, das Ziel dieses "Hinweises" ist wiederum nur, die Wirklichkeit, die braune Vergangenheit Waldheims zu verhüllen. Kreisky erklärte auch offen, daß er selbst dann, wenn er über Waldheims Vergangenheit informiert gewesen wäre, ihn "als guten Mitarbeiter anerkannt" hätte (zitiert nach "Süddeutsche Zeitung" vom 26.3.1986).

Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Wenn ein Wiesenthal die Wahrheit über den SS-Peter aufdeckt, sollen wir dann in den Chor derjenigen einstimmen, die darüber aufheulen, auf die "wirklichen Ziele" Wiesenthals als ausgesprochenem Pro-US-Imperialisten verweisen, der 1970 damit angeblich nur die "junge sozialistische Kreisky-Regierung destabilisieren" wollte usw.? Jeder fortschrittliche Mensch müßte eigentlich leicht begreifen können, daß einen eine solche Haltung schnurstracks an die Seite der Verteidiger und Beschöniger der reaktionären Klassenwirklichkeit Österreichs führt. Unsere Aufgabe in einem solchen Fall kann es nur sein, unabhängig von den Motiven eines Wiesenthals oder anderer, und selbstverständlich auch ohne über diese Leute Illusionen zu züchten, eine solche Enthüllung aufzugreifen, sie zur Entlarvung der herrschenden Zustände auszunutzen und durch eine eigene vertiefte Beleuchtung der politischen Zusammenhänge in den Rahmen der revolutionären Aufklärungsarbeit zu stellen.

Diejenigen, welche glauben, daß die sogenannte "Anti-Waldheim-Kampagne" nur der Stärkung der Reaktion in Österreich genützt habe, verfallen in eine idealistische Verkehrung von Ursache und Wirkung: Wenn die Enthüllungen über Waldheim dazu geführt haben, daß hierzulande massiv mit Antisemitismus abgeblockt

und mit abscheulicher faschistischer Gegenpropaganda gearbeitet wird, so zeigt das doch nur den wirklichen Zustand dieses Landes, dann wird sichtbar, was hier existiert, unabhängig von diesen Enthüllungen. Anders gesagt: Wäre der innere Zustand dieser Republik ein anderer, wäre es nur halbwegs jene "antifaschistische Republik", als die sie oft hingestellt wird, so hätten diese Enthüllungen ganz andere Ergebnisse gehabt, dann hätte man Waldheim einer ganz anderen Verwendung zugeführt.

Kommen wir schließlich noch zu dem "Einwand": Ja, wenn das über Waldheims kriegsverbrecherische Vergangenheit stimmen würde, warum wurde er dann nicht gleich 1945 zur Verantwortung gezogen? Und: Warum kommt man erst jetzt daher, war das alles denn nicht schon bekannt, als Waldheim zum UNO-Generalsekretär gewählt wurde?

Es ist dies der Einwand, der vielen vielleicht am meisten zu schaffen macht. Darum ranken sich auch diverse "Theorien" von Waldheims "Erpressung" durch die USA und die SU sowie andere imperialistische Mächte, die über Waldheims Vergangenheit sehr wohl informiert gewesen seien.

Hier zeigt sich als erstes, welche große Unterstützung für die Weltreaktion der Verrat der Tito-Revisionisten darstellte, die sich 1948 offen in die Arme der Imperialisten warfen. Noch am 19. Februar 1948 brachte die Jugoslawische Staatskommission ihre Anklage gegen Waldheim als Kriegsverbrecher vor der UNO ein. Doch die österreichischen Reaktionäre können sich freuen. Danach hat Jugoslawien, wie Kirchschläger in seiner Rede mit Genugtuung verzeichnet, "als seinerzeitige Anklägerin offensichtlich keine Schritte zu



einer tatsächlichen Verfolgung unternommen." Auf dem Weg ihres vollständigen Verrats hatten sich die Titoisten vollständig den Wünschen ihrer imperialistischen "Verbündeten" angepaßt und folglich alles unterlassen, was diesen nicht in den Kram paßt. Diesem Bündnis sind die Belgrader Machthaber auch jetzt treu geblieben, indem sie sorgfältig unter Verschuß hielten, was in ihren Archiven über Waldheim ruht.

Der Einwand spricht in dieser Hinsicht also überhaupt nicht für Waldheim, sondern lediglich gegen die jugoslawischen Revisionisten als Komplizen der österreichischen Imperialisten.

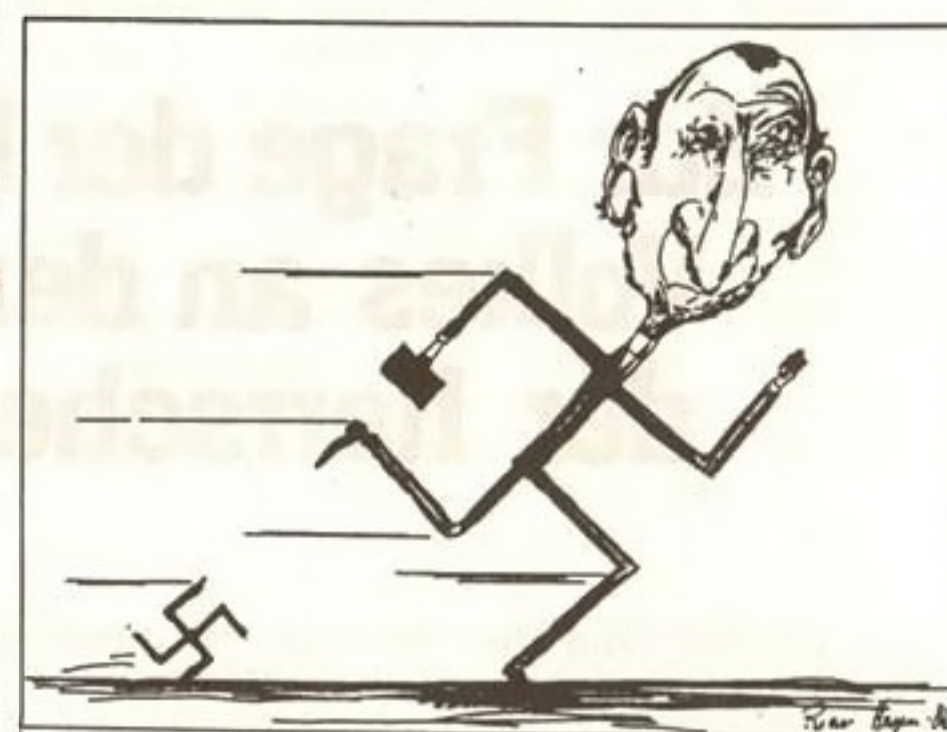
Der Einwand ist aber auch noch in weiterer Hinsicht demagogisch. Im Gegensatz zur damals noch sozialistischen Sowjetunion Stalins war die Entwicklung im imperialistischen Westen dadurch gekennzeichnet, daß den Nazi-Verbrechern weitgehend die Absolution erteilt wurde, mehr noch, sie wurden vielfach direkt in die Dienste der westlichen Imperialisten übernommen, die im Kampf gegen den Sozialismus und die Revolution deren "Fähigkeiten" schätzten. So wurde etwa Barbie-Altman, der berühmte Schlächter von Lyon vom CIA übernommen und war später Mittelsmann von Steyr-Daimler-Puch in Bolivien.

Diese Entwicklung spiegelte sich auch in der UNO wider.

Der doppelte Betrug des erwähnten "Einwands" ist nun folgender: Erst werden die Nazi-Verbrecher faktisch rehabilitiert, ihre Verfolgung und Bestrafung wird verschleppt, hintertrieben und sabotiert, und dann wird der Umstand der Nichtverfolgung und Nichtbestrafung als "Beweis" für die angebliche "Unschuld", für die angebliche "Haltlosigkeit" der "Vorwürfe" usw. genommen.

Bleibt noch das "Argument": Warum erst jetzt? Dieser Vorwurf ist deshalb so hinterfotzig, weil der Wahrheitsgehalt einer Tatsache vollkommen unabhängig davon ist, wann er festgestellt wird. Ob es nun 1945, 1970 oder 1986 festgestellt wird, ändert doch überhaupt nichts an der Kernfrage: Stimmt es nun, daß Waldheim bei den Juden deportationen mitgewirkt hat oder nicht?

Was ist etwa von dem "Argument" eines Mör-



ders zu halten, dem man auf die Schliche kommt, daß er vor 10 Jahren seine Frau umgebracht und im Wald verscharrt hat, und der nun "empört" ausruft: Warum kommt ihr jetzt erst drauf, warum sagt ihr das jetzt erst? Da ist doch was faul! Leicht einzusehen, daß für die Feststellung des Sachverhalts (Mord, Völkermord, Massaker usw.) keine Rolle spielt, wann dieser Sachverhalt festgestellt wird, welche Motive bestehen, warum dieser Sachverhalt erst viel später aufgedeckt wird.

Natürlich, es wäre viel besser gewesen, wenn Leute wie Waldheim sofort zur Rechenschaft gezogen worden wären, es ist schmerzlich und bedauerlich, daß die antifaschistischen Kräfte in Österreich zu schwach waren, sofort und unmittelbar mit den Waldheim und Peter und allen anderen abzurechnen und diese heute in Staat und Gesellschaft überall führend mitmischen können. Aber jene, die mit gespielter Empörung fragen: Warum erst jetzt? bezwecken damit ja gerade das Gegenteil. Ihnen dient dieser Hinweis nur zur Inschutznahme und Rechtfertigung der Reaktion und des Faschismus.

Kurzum, fortschrittliche und erst revolutionäre Menschen können und dürfen in keinem Punkt mit dem reaktionären Geschrei von der "Kampagne" und der "Einmischung" konform gehen. Ihre Aufgabe ist die rücksichtslose Bloßlegung der gesamten reaktionären Zustände gegen alle Beschöniger hierzulande und gegen deren Kumpane überall sonst.

SPENDET FÜR DEN RF-FONDS!

Zur Frage der Mitschuld des Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klasse

Die Entlarvung der Rechtfertigungs-ideologie faschistischer Verbrechen durch die Herrschenden darf einen wichtigen Punkt keinesfalls ausklammern oder umgehen, über den gerade während des Präsidentschaftswahlkampfes übelste Demagogie betrieben wurde: Das ist die Frage nach der Mitverantwortung des österreichischen Volkes an den Greueln des Hitlerfaschismus.

Dieser Punkt ist den reaktionären und faschistoiden Schreiberlingen der Bourgeoisie sehr wichtig. So betonte etwa der VdU-Mitgründer Reimann, der heute in der "Kronenzeitung" sein braunes Gift verspritzt,

"daß es keine Kollektivschuld eines Volkes gibt und immer nur eine bestimmte Gruppe, welche die Macht innehat oder von den Machthabern unterstützt wird, für Verbrechen verantwortlich ist." ("Kronenzeitung", 30.3.86)

"Die Ungeheuerlichkeit, die Hitler und seine Schergen dem Judentum angetan haben, trifft a l l e i n die, welche das Verbrechen begangen haben." (Eb)

Die Rechtfertigungs-ideologie verbrecherischer Machenschaften des Hitlerfaschismus tritt dabei in vielerlei Formen auf. So wendet sich etwa G. Leitgeb im "Kurier" gegen jene Kommentare,

"in denen nicht deutlich zwischen Nazi-Verbrechen und Soldaten der Deutschen Wehrmacht (in der unsere Väter und Großväter dienten) unterschieden werden." ("Kurier", 2.3.1986)

Offensichtlich kann das nicht anders aufgefaßt werden, als daß Soldaten der Hitler-Wehrmacht generell keine Verbrechen begangen haben. Sie haben scheinbar nur ihre "Pflicht" erfüllt. So erklärte Waldheim bekanntlich auch:

"Ich habe im Krieg nichts anderes getan als Hunderttausende andere Österreicher, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt." (Kurt Waldheim in einer Wahlbroschüre im April 1986)

Was offensichtlich besagen soll, daß man Waldheim wie Hunderttausenden anderen Österreichern nichts vorwerfen könne.

Doch die Reinwaschung geht noch viel weiter. So wendet sich Leitgeb im selben "Kurier"-Artikel auch gegen Kommentare,

"die über SS-Angehörige, die zur Zeit der Musterung 17 Jahre alt waren, herfallen und ihnen pauschal vorwerfen, sich einer Mördereinheit 'angeschlossen' zu haben. (Friedrich Peter...)."

Selbst die Zugehörigkeit zu einer erwiesenermaßen besonders mörderischen SS-Bande dürfe einem nicht zum Vorwurf gemacht werden:

"Friedrich Peter gehörte einer Brigade an, die hundertfache Morde beging. Reder war Kommandant einer Truppe, die ein Blutbad anrichtete, Löhr war Chef eines Fliegerverbandes, der Tausenden Zivilisten den Bombentod zufügte. Damit ist freilich n i c h t (!) gesagt, daß die Genannten persönlich Schuld auf

sich luden oder gar Verbrecher waren." (Ebenda)

Das genügt wohl. Daß sich derartiger faschistischer Dreck in den auflagenstärksten Massenmedien des "demokratischen" Österreichs findet, müßte deutlich genug machen, daß Klarheit darüber unbedingt nötig ist. Eine genauere prinzipiellere Analyse ist allerdings auch deswegen nötig, weil sich zeigt, daß in breiten Kreisen sich antifaschistisch verstehender Menschen zwar zumeist die zuletzt angeführten extrem-reaktionären Demagogien zurückgewiesen werden, aber über Kernfragen der Haltung zur Mitverantwortung des Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klasse Unklarheiten bestehen und ideologische Fehler gemacht werden. Ja selbst sich als "marxistisch" verstehende und sich auf eine faule "Massenlinie" berufende Kräfte treten dieser oder ähnlicher Demagogie nicht wirklich entgegen. Hierbei handelt es sich aber um K e r n f r a g e n, die für die Politik der österreichischen Marxisten-Leninisten glasklar sein müssen, will man die Millionenmassen für den Sieg im Bürgerkrieg über den österreichischen Imperialismus gewinnen.

Bevor im folgenden einige prinzipielle Fragen zusammengefaßt dargestellt werden, ist es notwendig eine besondere Frage zu klären:

KANN DAS ÖSTERREICHISCHE VOLK MITVERANTWORTLICH SEIN FÜR DIE VERBRECHEN DES DEUTSCHEN FASCHISMUS ?

Vielfach werden alle Fragen der Mitverantwortung des österreichischen Volkes an den Verbrechen des Hitlerfaschismus mit dem Hinweis weggeschoben: Aber was wollt ihr denn, wir wurden doch selber überfallen, annektiert, wurden selbst Opfer der hitlerischen Aggression, wie sollen wir da eine Mitverantwortung tragen ?

Dieser "Einwand" ist eine typische Halbwahrheit. Österreich wurde mit Gewalt von Hitlerdeutschland okkupiert, wer wollte das bestreiten. Aber daraus folgt überhaupt nicht, daß das österreichische Volk frei ist von jeder Mitverantwortung. Bekanntlich gab es in Österreich mit seinen kaum 7 Millionen Einwohnern allein mehr als 600.000 Mitglieder der Nazi-Partei. Darüber hinaus gab es nicht wenige, die glaubten, von der "Eindeutschung" profitieren zu können, indem sie gegenüber den anderen vom deutschen Imperialismus versklavten Völkern ihrerseits in der Rolle "deutscher Herrenmenschen" auftraten. Österreichische Soldaten nahmen teil an den faschistischen Raubzügen in aller Welt. Diese Hinweise mögen hier genügen für die Feststellung der unzweifelhaften Mitverantwortung des österreichischen Volkes für die Verbrechen des Hitlerfaschismus.

Im Oktober 1943 unterzeichneten die Außenminister der UdSSR, Großbritanniens und der USA eine Deklaration über Österreich, in der festgelegt wurde, daß Österreich "von der deutschen Herrschaft befreit werden muß." In der Deklaration heißt es, daß Österreich "die unabdingbare Verantwortung für die Teilnahme am Kriege auf Seiten Hitlerdeutschlands trägt und bei der endgültigen Regelung unbedingt der Beitrag zu berücksichtigen ist, den es selbst zu seiner Befreiung geleistet hat."

Leider war bis unmittelbar vor Kriegsende in Österreich keine kraftvolle Widerstandsbewegung entstanden. Lediglich die slowenische Bevölkerung in Kärnten und einige isolierte, unter der Führung der österreichischen Kommunisten stehende Abteilungen führten einen bewaffneten Kampf gegen die Hitlertruppen.

Das alles macht klar, daß die Tatsache der Okkupation Österreichs durch den deutschen Imperialismus keinesfalls die Frage der Mit-

schuld des Volkes irrelevant macht.

T h e s e n a r t i g sollen nachfolgend grundlegende Ausgangspunkte zu diesem Fragenkomplex umrissen werden.*

1. Die Frage der Mitverantwortung des Volkes muß differenziert betrachtet werden

**** Vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus ist eine erste strenge Unterscheidung (die aber nicht die einzige ist!) zwischen den breiten werktätigen Massen und den herrschenden Klassen sehr wesentlich, aber dennoch nicht ausreichend.**

Zwar steht an erster Stelle die klare Feststellung, daß die Hauptschuldigen am faschistischen Massenterror und imperialistischen Raubkrieg der deutschen Monopolbourgeoisie sind. Und die Hauptrepräsentanten der Politik des Hitlerfaschismus, die Göring, Göbbels, die Keitel, Himmler und Heydrichs, die Spitze der NSDAP, Gestapo, des Sicherheitsdienstes, der SS und SA waren in vielerlei Hinsicht materiell mit dem deutschen Imperialismus verwoben, Teil der herrschenden Klasse. Ihre Liquidierung auf der Basis der Liquidierung des deutschen Imperialismus überhaupt war für die Völker der Welt das Gebot der Stunde, denn es war die herrschende Klasse überhaupt, die als ganzes schuldig war und heute noch ist.

In Österreich trägt selbstverständlich ebenfalls die herrschen-

* Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf einen ausführlicheren Artikel unserer westdeutschen Bruderorganisation GEGEN DIE STRÖMUNG "Zur Frage der Mitschuld des Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klasse". Der Artikel von GEGEN DIE STRÖMUNG geht weiter auf die westdeutschen Verhältnisse und die durch die deutsche Geschichte aufgeworfenen Fragen ein, insbesondere auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens sowie auf die Frage von Reparationen, die wir hier nicht behandeln.

de Klasse die Hauptschuld. Sie war es, welche mit ihrer ganzen Politik die Okkupation vorbereiten half, sie war es, welche sich von der Teilnahme am faschistischen Raubkrieg ihre Gesundstößung versprach. Nicht nur in Österreich selbst, sondern in verschiedenen anderen Ländern wie Belgien und Polen waren es gerade auch österreichische Nazi-"Größen", die als Statthalter führend an faschistischen Greueln beteiligt waren.

**** An zweiter Stelle aber muß ein klares Wort gesagt werden über die Zehntausend, ja Hunderttausend von "im zweiten Glied" arbeitenden Folterern und Henkern, die für die Gestapo, den Sicherheitsdienst, die Waffen-SS, als Offiziere der Wehrmacht, als Nazi-Staatsanwälte und Nazi-Richter ihr blutiges Handwerk ausübten. Das waren nicht selten eben jene "einfachen" Soldaten, die sich später beschleunigen lassen wollten, daß sie keine Mörder und Folterer gewesen seien, weil sie ja aus der Masse der Werktätigen stammen, "nur ihre Pflicht getan" (!!) und Befehlen gehorcht**

PROLETARIAT ALLE LÄNDER VEREINIGT SICH!
PROLETARIAT ALLE LÄNDER DER VERTROBENEN VÖLKER VEREINIGT SICH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands
Nr. 33 September 1963 4. Blatt

Eine Linie vom deutschen Faschismus zum westdeutschen Imperialismus heute

Bitburg und das Getrommel des großdeutschen Chauvinismus

Strandpfeiler und Standpunkte u.a. mit:

- DIE REHABILITIERUNG DER WAFFEN-SS UND DER FASCHISTISCHEN WEHRMACHT
- MITSCHULD DAMALS UND HEUTE
- DIE VERBRECHEN DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS, MILITARISMUS UND REVANCHISMUS BEKÄMPFEN
- ZUP. DEMAGOGIE DER WEIZSÄCKER-REDE AM 8. MAI 1945
- DIE HALTUNG ZU POLEN: EIN PRÜFSTEIN
- DEN ERSTANDENDEN ANTISEMITISMUS BEKÄMPFEN
- ZIELE DER REVOLUTION

haben, die in Wirklichkeit aber direkt Massaker ausführten, die selbst die internationale Bourgeoisie als Kriegsverbrecher definiert hat: So beteiligten sich viele dieser "einfachen Soldaten" am Raub von Goldzähnen, an Vergewaltigungen und sadistischen Verbrechen, die menschliche Vorstellungskraft oft nicht fassen kann, sie erschossen Frauen und Kinder, verbrannten, vergasteten, ertränkten...

Auch hier haben wir es unabhängig von der sozialen Herkunft mit einer riesigen Zahl von übelsten Verbrechen zu tun. Für sie gilt, was Stalin auf die Frage: "Wie weit sollten nach Ansicht des Kreml die verbündeten Mächte bei der Fahndung nach zweitrangigen Kriegsverbrechern in Deutschland und deren gerichtlicher Belangung gehen?" antwortete:

"Je weiter man gehen wird, desto besser."
(Stalin, "Antworten auf die am 23.10.1946 vom Präsidenten der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press, Hugh Baillie, gestellten Fragen", 1946, SW 15, S.92)

Milde und soziales Gefasel sind hier völlig fehl am Platze. In Österreich ist man mit diesen Leuten offensichtlich gar nicht weit gegangen, und das hat sich auf die ganze Entwicklung als "umso schlimmer" ausgewirkt.

**** Eine weitere sehr große, die Mehrheit betreffende Gruppe von Anhängern des "Nationalsozialismus" unterstützte die verbrecherischen Überfälle auf andere Völker und auch den Terror im Inneren. Höchstens durch die sich abzeichnende Niederlage bröckelte diese Gruppe ab, nicht aber durch moralische Skrupel. Die Mitschuld dieser größten Gruppierungen ist wesentlich und unbestreitbar, auch wenn mit einem anderen Maßstab gemessen werden muß als z.B. bei KZ-Lagermannschaften und den in der ersten und zweiten Linie genannten Kriegsverbrechern.**

Hierbei handelt es sich genauso um die frenetisch Beifall klatschende Krankenschwester, als Göbbels den "totalen Krieg" verkündete, wie um die Mutter von fünf Kindern, die ihre Söhne an die Front trieb, wie um den angeblich "anständigen Soldaten", der an der Front in Rußland, Albanien oder Frankreich die Freiheitskämpfer jagte.

Zur Charakterisierung dieser "dritten Linie" muß auch bewußt sein, daß kaum jemandem von dieser Gruppe nicht die Warnungen und Entlarvungen der Kommunistischen Partei zu Ohren gekommen sind, daß das Hitlerregime, seine Wehrmacht und ihr Krieg verbrecherisch sind.

Konnte man nichts tun? Die Tatsache, daß es einen wenn auch viel zu geringen Widerstand gab, beweist ja eindeutig, daß es möglich war, sich zu wehren und nicht bedingungslos zu gehorchen oder gar begeistert mitzumarschieren.

Und spätestens zur Zeit der offenen Raubkriege des Hitlerfaschismus gegen andere Länder galt auch für die in deutsche Uniformen gesteckten österreichischen Soldaten, was Stalin über die deutschen Soldaten sagte:

"Kein deutscher Soldat kann sagen, er führe einen gerechten Krieg, denn er muß unbedingt sehen, daß er gezwungen wird, Krieg zu führen, um andere Völker auszurauben und zu unterdrücken". (Stalin, "Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung", S.235)

Sie mußten wissen, was sie taten und daß sie dafür eines Tages die Rechnung präsentiert bekämen.

**** Dies gilt besonders auch für eine weitere große Bevölkerungsschicht, die in vierter Linie benannt werden muß.**

Es muß bewußt sein, daß eine keinesfalls winzige Minderheit gegen den Hitlerfaschismus überhaupt oder gegen diese oder jene extreme Erscheinungsform des Hitlerfaschismus eingestellt war, den im-

perialistischen Raubkrieg innerlich verurteilte, aber aus Angst, Charakterlosigkeit und Egoismus nicht aktiv zum Widerstand und zum Kampf bereit war, sondern "mitmachte". Sie waren lieber bereit, das Risiko auf sich zu nehmen, durch die Kugeln der Freiheitskämpfer zu sterben und sich an den Verbrechen des deutschen Imperialismus zu beteiligen, als das Risiko einzugehen, selbst als Freiheitskämpfer von der Gestapo oder der SS erschossen zu werden.

Es ist offensichtlich, daß Taten zählen, und nicht verborgen gehaltene Einstellungen ohne jede Konsequenz. Die Mitschuld dieser Bevölkerungsschicht, die dem faschistischen Terror, den Judenvernichtungen, den Überfällen auf andere Völker tatenlos zusah, muß nicht nur - ebenso wie die der breiten Schicht der Mitläufer - anerkannt werden, weil dies die geschichtliche Wahrheit erfordert, sondern auch, um für die Gegenwart und Zukunft klarzumachen, daß jeder, der sich gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker nicht wehrt, sich mit-schuldig macht!

Angesichts dieser Gesamtlage zählt umso mehr der organisierte Widerstand (und auch einzelne individuelle Handlungen des Widerstandes) jener Minderheit im österreichischen Volk, die aktiv gegen den Hitlerfaschismus gekämpft hat, von der Hilfe einzelner für verfolgte Juden usw. bis hin zur bewaffneten Befreiung von Buchenwald im Frühjahr 1945 durch die Häftlinge selbst.

*

Die hier dargestellte schematische Darstellung kann selbstverständlich nur als grobe Richtlinie für den ideologischen Kampf um diese Frage dienen, da zwischen diesen Teilen der Bevölkerung, die wir unterteilt haben, oft im Einzel-



nen fließende Übergänge festzustellen sind, die eine eindeutige Zuordnung erschweren. Es gab gerade im Laufe der Entwicklung eindeutige Wechsel von einem Lager zu einem anderen, was natürlich beachtet und im Einzelfall bewertet werden muß. Trotz dieser notwendigen Hinzufügung glauben wir, daß nur auf der Basis der oben dargelegten Unterscheidungen und Überlegungen die Demagogie über Mitschuld und das "unschuldige österreichische Volk", über "Kollektivschuld" und ähnliche Fragen geklärt werden können.

2. Welche Verantwortung tragen die Werktätigen Massen heute? Zum biologischen Argument, die "neue Generation" habe nichts mehr mit dem Hitlerfaschismus zu tun

Endlos sind die Klagen derer, die fordern, es müsse nun endlich einmal Schluß sein, die Vergangenheit "aufzuwühlen". Schließlich sterbe mittlerweile ja auch schon die Generation aus, welche die Zeit des Hitlerfaschismus miterlebt habe.

Obwohl dieser Zeitpunkt noch nicht eingetreten ist, ist doch die Ungeduld zu spüren, ein angeblich "todsicheres" Argument als Waffe in den Kampf zu werfen, um all den Antifaschisten eine Abfuhr zu erteilen, welche die Kontinuität des heute in Österreich bestehenden Ausbeuterstaates mit dem Staat der Hitlerfaschisten unter anderem auch mit der ungeheuren personellen Kontinuität belegt und bewiesen haben.

Haben also all jene heute in Österreich, die zur Zeit des Hitlerfaschismus noch nicht gelebt haben, nichts mit den Verbrechen des Nazi-Faschismus zu tun? Sind es nur die eingefleischten angeblichen "Vorurteile" des natürlich wieder mal ungerechten "Ausländers", der auch dieser Generation gegenüber Vorwürfe hat, wodurch - angeblich in ungerechter Weise - diese Generation noch mit dem Hitlerfaschismus in Verbindung gebracht wird?

Wir müssen auf diese Frage mit einem entschiedenen Nein antworten und hier in die Offensive gehen.

⌘ Denn die gesellschaftliche Grundlage des Hitlerfaschismus besteht in Österreich ungebrochen weiter, der Faden der Geschichte wurde noch nicht durchschnitten. Die Bevölkerung in Österreich lebt mit diesen Verhältnissen, die nicht nur die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen hier, sondern nach wie vor die Ausplünderung und Versklavung anderer Völker enthalten, die Ermordung von Freiheitskämpfern in anderen Ländern mit Hilfe österreichischer Waffen, von österreichischen Arbeitern produziert und versandt.

⌘ Diese ungebrochene Tradition gilt es als Wesen der Frage herauszustellen ohne unterschiedliche Erscheinungsformen abstreiten zu wollen.

Und solange der österreichische

Imperialismus nicht zerschlagen wurde, hat jede unter seiner Herrschaft heranwachsende Generation auch die Tradition des Hitlerfaschismus nicht zerbrochen, sondern lebt mit der Tatsache des Weiterexistierens und Wirkens seiner Grundlagen, und sie muß konfrontiert werden mit ihrer eigenen Mitverantwortung und Mitschuld an den Verbrechen des österreichischen Imperialismus, die heute von der Mehrheit der werktätigen Massen in Österreich nicht bekämpft werden.

Die Erfahrung des Hitlerfaschismus, die Haltung der Mehrheit des österreichischen Volkes damals, muß für die heutige Generation der werktätigen Massen gerade Ansporn und Verpflichtung sein, sich anders zu verhalten, sich frühzeitig und energisch gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu erheben und dagegen zu kämpfen, wie seinerzeit die Minderheit der Besten der österreichischen Arbeiterklasse im Februar 1934 und im Kampf gegen den Hitlerfaschismus, damit sich nicht das Ausmaß der Verbrechen der Hitlerfaschisten wiederholen kann.

Weiters muß klar sein, daß dies nicht einfach die Frage eines abgehobenen bloßen "moralischen Apells" ist, sondern daß all jene, die darüber wissen, verpflichtet sind, hart zu arbeiten und zu kämpfen, um in die vom ganzen kapitalistischen System niedergedrückten und passiv gehaltenen, systematisch auch moralisch an die Imperialisten geketteten werktätigen Massen durch die Arbeit der Kommunisten Klassenbewußtsein hineinzutragen. Nur im ideologischen Krieg gegen die bürgerliche Ideologie, und gerade auch gegen ihre faschistischen Rechtfertigungssophismen, werden die Massen des Proletariats jenes Klassenbewußtsein erhalten, was allein jenen Grad an Organisiertheit garantieren kann, der für die wirkliche Zerschlagung des österreichischen Imperialismus historisch notwendig ist!

10 JAHRE "WESTBERLINER KOMMUNIST"

Brief des ZK der MLPÖ an den WESTBERLINER KOMMUNIST, Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Liebe Genossinnen und Genossen des WESTBERLINER KOMMUNIST !

Im Namen der MLPÖ senden wir Euch zum zehnjährigen Bestehen des WESTBERLINER KOMMUNIST unsere herzlichen Kampfesgrüße !

Erlaubt uns, zu dieser Gelegenheit einige Gedanken hervorzuheben, die uns im Zusammenhang mit Eurem Kampf in diesen 10 Jahren sowie auch im Zusammenhang mit unserer langjährigen brüderlichen Zusammenarbeit wichtig erscheinen.

1.

Die Herausgabe der Nummer 1 des WBK "ÜBER DIE GRUNDFRAGEN ZUR ERARBEITUNG DER IDEOLOGISCHEN UND POLITISCHEN LINIE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN WESTBERLIN" im Dezember 1975 war in Westberlin die erste wirkliche Kampfansage an den modernen Revisionismus und der wirkliche Beginn eines effektiven Kampfes dagegen, und zwar in zweierlei Hinsicht:

Zum einen wurde darin die Aufgabe der Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus als unerläßlicher Ausgangspunkt, als unabdingbare Voraussetzung, um Schritt für Schritt die allgemeingültigen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin auf die Bedingungen in der heutigen Welt und in Westberlin anzuwenden, wirklich erst genommen.

Zum anderen wurde darin erstmals in Westberlin auf marxistisch-leninistischer Basis die Westberlin-Frage korrekt angegangen und wurden entscheidende Grundlagen zur Lösung der komplizierten Fragen der proletarischen Revolution, der Er kämpfung und Sicherung der Diktatur des Proletariats in Westberlin geschaffen.

Die Nummer 1 des WESTBERLINER KOMMUNIST erbrachte insbesondere auch den Nachweis, daß gemäß den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und unter den Bedingungen Westberlins eine eigene proletarische Vorhutspartei Westberlins notwendig ist und die Versuche der Einverleibung der Marxisten-Leninisten Westberlins in eine "westdeutsche" oder "gesamtdeutsche" Partei Ausdruck des Verrats an der proletarischen Revolution sind.

Ungeachtet der von Euch inzwischen selbstkritisch festgestellten Fehler in der Nr.1 des WBK, war damit in qualitativer Abgrenzung zu diversen Pseudomarxisten doch die entwicklungsfähige Grundlage für den weiteren Kampf der Marxisten-Leninisten Westberlins geschaffen.

Die Herausgabe des WESTBERLINER KOMMUNIST war nicht nur ein Akt, der hohes Verantwortungsbewußtsein und große ideologische und politische Klarheit voraussetzte, welche sich die Genossinnen und Genossen des WBK durch umfangreiche und zähe Vorbereitungsarbeiten schufen, sondern erforderte auch revolutionären Mut; zumal in einer Situation der Hochflut des Sozialchauvinismus. Doch der WBK ließ sich von der "Isolierung", von Verleumdungen und Anfeindungen von allen möglichen Seiten her nicht einschüchtern. Die Genossinnen und Genossen des WBK beließen es nicht nur bei einer publizistischen Kampfansage an den Opportunismus und Sozialchauvinismus, sondern nahmen gerade in der Anfangszeit alle möglichen Gelegenheiten wahr, um die diversen "antirevisionistischen" Pseudomarxisten von Angesicht zu Angesicht vor der revolutionären Öffentlichkeit, auf Veranstaltungen, durch mündliche Beiträge und Flugblätter anzugreifen und zu entlarven.

Das löste besonders bei den "KPD/ML"-Opportunisten helle Aufregung aus und ließ in der Tat deren Prinzipienlosigkeit noch deutlicher sichtbar werden. So legte der WESTBERLINER KOMMUNIST von Anbeginn an jenen kämpferischen Geist zutage, der wirkliche Marxisten-Leninisten kennzeichnet und kennzeichnen muß. Nicht den bequemeren Weg einer mehr oder weniger geruhsamen "Auseinandersetzung" wählen, sondern den erbitterten und vollentfalteten Kampf aufnehmen, auch wenn die Kräfte zunächst ganz gering sind, das ist in Wirklichkeit nicht nur der einzige Weg, um die eigenen Kräfte zu entwickeln und neue Kampfpositionen zu erobern, sondern auch überhaupt in einer "Welt voller Feinde" überleben zu können. Einen solchen kämpferischen kommunistischen Geist muß sich jeder Revolutionär, jede marxistisch-leninistische Organisation oder Partei von Anfang an aneignen, bewahren und entwickeln und wir denken, daß in dieser Hinsicht jede Genossin und jeder Genosse aus dem Kampf des Westberliner Kommunist viel lernen und sich ein Beispiel daran nehmen kann.

2.

Vor eine ganze Reihe besonders komplizierter Fragen bei der Verteidigung und Anwendung der revolutionären Theorie auf die konkreten Bedingungen der proletarischen Revolution in Westberlin gestellt, war für den Westberliner Kommunist von Anfang an ein richtiges Herangehen an die Frage des Verhältnisses von Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus einerseits und konkreter Analyse der gegebenen Bedingungen in Westberlin andererseits von einer entscheidenden Bedeutung.

Der WBK sah sich von Anbeginn an herausgefordert durch eine Fülle von genau zu untersuchenden Fragenkomplexen, die sich unter anderem ergeben aus

- der geschichtlichen Entwicklung der Westberlin-Frage in Verbindung mit der Deutschlandfrage bzw. der Spaltung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg;

- seiner heutigen Lage als einer vom westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus einverleibten Stadt, in der auch die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten über eine nicht zu übersehende Macht verfügen vor allem durch ihre militärische Präsenz;

• seiner Insellage inmitten der heutigen revisionistischen DDR, die Mitglied des heute konterrevolutionären, vom russischen Sozialimperialismus geführten RGW und des Warschauer Pakts ist.

Mit den sich daraus stellenden großen Fragen vor Augen verlegte sich der WBK dennoch nicht vorrangig auf die "konkrete Analyse", sondern konzentrierte sich ganz bewußt darauf, zunächst Grundpfeiler seiner Linie und Politik auszuarbeiten und zu präzisieren, insbesondere aber den Kampf für die Verteidigung der Prinzipien der revolutionären Theorie in den Fragen, vor denen unsere gesamte revolutionäre Weltbewegung steht, v o r a n z u s t e l l e n . Der WBK tat dies mit der klaren Erkenntnis, daß die Klarheit über die allgemeingültigen Grundfragen wie etwa zur Frage von Staat und Revolution, zum Verhältnis der proletarischen Revolution zu nationalen Problemen usw. Ausgangspunkt für die Lösung auch der Fragen der eigenen Revolution sein muß.

Dieses Herangehen hat sich all die Jahre hindurch als einzig richtig erwiesen. Ebenso wie wir selbst glaubten die Genossinnen und Genossen des WBK gewiß zunächst, daß sie sich bald zügiger und auf breiterer Ebene mehr der konkreten Analyse der Verhältnisse und Bedingungen im eigenen Arbeitsbereich zuwenden können.

Doch besonders nach dem Tode Mao Tse-tungs wurde angesichts der Entartung der KP Chinas unter der Führung der Deng-Hua-Revisionisten, der revisionistischen Entartung dann auch der PdA Albaniens und des rasanten Niedergangs dessen, was lange als "marxistisch-leninistische Weltbewegung" angesehen wurde, bald deutlich, daß die Probleme noch viel tiefer liegen als gedacht. Das führte den WESTBERLINER KOMMUNIST ebenso wie die Bruderorganisationen GEGEN DIE STRÖMUNG und MLPÖ zu der Schlußfolgerung, daß im bisherigen Kampf gegen den modernen Revisionismus, besonders den Chruschtschow-Revisionismus, offensichtlich nicht tief genug gegangen wurde, mit der Ideologie des modernen Revisionismus nicht wirklich auf allen Ebenen gebrochen wurde. Mit anderen Worten: Der Kampf zur Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus war sogar noch weitgehend unterschätzt und nicht mit der nötigen Konsequenz geführt worden.

Mit diesen wesentlichen Erkenntnissen war selbstverständlich in hohem Maße auch der Schwerpunkt des ideologisch-theoretischen Kampfes für eine ganze weitere Zeitspanne vorgegeben. Wenn der WESTBERLINER KOMMUNIST bei der Analyse der Fragen der eigenen Revolution, der Untersuchung der deutschen Arbeiterbewegung, der Entwicklung der KPD, dann der SED und des Verrats der SED bzw. SED-W (heute SEW), der Westberlinfrage, der Machtverhältnisse in Westberlin usw. usf. noch nicht in dem gewünschten Maß vorangekommen ist, so hängt das nicht nur mit gewissen objektiven Faktoren zusammen, welche die revolutionäre Entwicklung erschweren (wie zum Beispiel der geringe Stand der spontanen Arbeiterbewegung). Hauptsächlich ergibt sich das aus der ganzen ideologischen Situation, in der sich nicht nur der WBK, nicht nur die drei Bruderorganisationen, sondern alle marxistisch-leninistischen Kräfte in der Welt befinden.

Der Kampf für die Schaffung größtmöglicher prinzipieller Klarheit in den Grundfragen der proletarischen Weltrevolution kann und darf nach dem welthistorischen Verrat der modernen Revisionisten nicht umgangen werden und jede "Abkürzung" muß zwangsläufig in den

Sumpf führen. Das bedeutet jedoch n i c h t, daß die spezifischen Fragen der eigenen Revolution heute von der Tagesordnung gestrichen werden dürfen. Im Gegenteil, es müssen auch hier verstärkte Anstrengungen unternommen werden. Das eine ohne das andere wäre sogar auf längere Sicht ganz unmöglich zu bewerkstelligen, weil wir unseren Kampf jeweils unter bestimmten Bedingungen im eigenen Arbeitsbereich führen und wir auch die allgemeinsten Fragen nicht losgelöst davon betrachten können.

Wenn der WBK in den 10 Jahren seiner Existenz in Bezug auf die Lösung der Fragen der eigenen Revolution nur in sehr kleinen Schritten vorankam, so ist doch auch wahr, daß in diesen 10 Jahren dennoch eine Reihe sehr wesentlicher Voraussetzungen geschaffen wurden, um auch hier voranzukommen. Entscheidend ist, daß die Genossinnen und Genossen des WBK sich der Situation und ihrer Erfordernisse vollauf bewußt sind. Deshalb sind wir zuversichtlich, daß sie mit Erfolg in der nötigen Weise ihre Anstrengungen auch in dieser Richtung verstärken werden, um die Opportunisten aus all ihren Schlupflöchern zu vertreiben.

3.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, was sich in den letzten 10 Jahren in der internationalen revolutionären Bewegung abgespielt hat, welche schweren Niederlagen und Rückschläge diese Bewegung zu verzeichnen hat, so darf es jede marxistisch-leninistische Kraft schon als eine Art Erfolg betrachten, wenn sie nicht mit in den Sog der revisionistischen Zersetzung und Degeneration geraten ist.

Hier wollen wir lediglich einige Momente betonen, welche es dem WBK möglich gemacht haben, in diesen 10 Jahren dem opportunistischen Druck nicht nur standzuhalten, sondern sich auf marxistisch-leninistischem Wege auch zu stärken.

Es gibt überhaupt keine marxistisch-leninistische Bewegung, welche sich ununterbrochen von Sieg zu Sieg vorwärtsschreitend entwickelt, ohne auch Rückschläge und teilweise Niederlagen zu erleiden. Auch der WBK (wie wir selbst im übrigen auch) blieb davon nicht verschont. Der WBK mußte nicht nur die Kraft und die Fähigkeit aufbringen, selbstkritisch mit Fehlern und Halbheiten in der eigenen Linie und Politik zu brechen, sondern mußte seine Grundlagen und seine Geschlossenheit auch gegen kapitulantenhafte, desertierende und opportunistische Elemente verteidigen, wie sie im Leben einer kommunistischen Organisation unvermeidlich in Erscheinung treten, weshalb es darauf ankommt, sich rechtzeitig von ihnen zu säubern.

Der WESTBERLINER KOMMUNIST hat all diesen Herausforderungen standhalten können, weil er gerade als junge marxistisch-leninistische Kraft größten Wert auf ideologische Qualifizierung und Erziehung der eigenen Genossinnen und Genossen gelegt hat, weil er sich mit dem Bestehen von Widersprüchen in den eigenen Reihen nicht liberalistisch abgefunden hat, sondern auf ideologischem Kampf bis zur Klärung und gegebenenfalls auch verbunden mit nötigen organisatorischen Schritten bestanden hat. Nur so war es möglich, jene feste Kraft des Kollektivs zu schaffen und zu erhalten, die es ermöglicht, geschlossen auf Vorhutposition vorwärtszuschreiten, wobei sich die Kraft des Kollektivs nicht nur aus dem Zusammenwirken aller Genossinnen und Genossen als Organisation ergibt, sondern auch

von den bewußten Anstrengungen eines jeden seiner Mitglieder abhängt.

Die bis zu einem gewissen Grade unvermeidlichen inneren Kämpfe, d.h. der innerparteiliche Kampf, die unter den heutigen Umständen nötige Konzentration der Arbeit nach "innen" bedingte natürlich in gewisser Weise auch eingeschränkte Möglichkeiten des propagandistischen und agitatorischen Wirkens nach "außen". Doch erstens ist der Kampf für die vorrangige innere Konsolidierung für jede weitere erfolgreiche Aktivität unerlässlich, und zweitens schafft diese innere Festigung selbst zunehmend auch größere Möglichkeiten prinzipienfesten Auftretens nach außen.

In dieser Beziehung ist es eben kein Zufall, daß all die Pseudomarxisten vom Schlage der "KPD", die einige wenige Jahre äußerlich um so viel "stärker" aussahen (sofern sie heute überhaupt noch existieren), z.B. bei den Kämpfen anlässlich der Ermordung von Günther Sare entweder garnichts zu melden hatten oder nur ein jämmerliches Bild abgaben, während die Genossinnen und Genossen des WBK - ebenso wie die von GDS - mit frischer Kraft sich in die Kämpfe einschalteten, wirklich was zu sagen haben und ihren Kräften gemäß zur Klarheit und Organisiertheit fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte beitragen.

Wir denken, daß der WBK mit seinen Aktivitäten in der letzten Zeit sich gute Ansatzpunkte geschaffen hat, um der Sache des revolutionären Proletariats neue Positionen zu erobern. Ganz gewiß wird der WBK da nicht lockerlassen und wohlüberlegt und zielstrebig seinen Möglichkeiten gemäß seinen Verpflichtungen nachkommen.

Die ermutigenden Ansatzpunkte der letzten Zeit, wie etwa die Veranstaltung des WBK in Westberlin zur Ermordung Günter Sares, so bescheiden sie zunächst auch erscheinen und auch sind, zeigen unserer Meinung nach nicht nur Möglichkeiten, sondern auch Notwendigkeiten unseres Aktivseins. Wir müssen unsere erarbeiteten Erkenntnisse propagieren und popularisieren, sie unter den fortschrittlichen und revolutionären Kräfte aktiv und offensiv in die Debatte werfen, was nicht nur nötig ist, um neue Kräfte anzusprechen und zu gewinnen, sondern auch für uns selbst, für die Erprobung und Stählung der eigenen Organisation und ihrer Kader, für die zielgerichtete ideologische und theoretische Arbeit, welche wirklich auf die brennenden Fragen, welche die Praxis stellt, die Perspektive aufzeigende revolutionäre Antworten zu geben vermag.

4.

10 Jahre WBK - da müssen wir selbstverständlich besonders den internationalistischen Geist der Genossinnen und Genossen des WBK hervorheben, der keine Phrase ist, sondern sich in ihrer tagtäglichen Arbeit niederschlägt, ihrer Bereitschaft, ein Maximum zur Unterstützung der revolutionären Bewegung in anderen Ländern zu geben, das Engagement, mit dem sie ihre Beiträge zur Herstellung einer prinzipienfesten Einheit der internationalen marxistisch-leninistischen Kräfte leisten, die Aufmerksamkeit, mit der sie die Geschicke revolutionärer Kräfte in anderen Ländern verfolgen, dazu Stellung nehmen usw.

Besonders wichtig halten wir die immer engeren brüderlichen Beziehungen zwischen dem WBK, GDS und der MLPÖ. Während etwa die völlig

versumpfte Koch-"KPD" in ihrem jüngsten Tätigkeitsbericht vermerkt, daß ihre Beziehungen zu ihren opportunistischen "Bruderorganisationen" in den letzten Jahren "immer mehr den Charakter eines diplomatischen Notenaustausches angenommen" haben, drückt sich der qualitative Unterschied zu diesen Pseudomarxisten gerade auch darin aus, daß sich unsere Beziehungen immer mehr intensiviert und immer lebendigeren Charakter angenommen haben.

Lenin stellte fest, daß die Marxisten-Leninisten als proletarische Internationalisten bestrebt seinen müssen, ihre Probleme möglichst gemeinsam zu lösen und es grundfalsch ist, diverse Fragen einfach "den einzelnen Parteien der interessierten Länder zur Entscheidung zu überlassen" (LW 31, S.246):

☞ "Es ist durchaus möglich, daß wir die Verhältnisse in dieser oder jener Partei nicht ganz genau kennen, aber hier handelt es sich darum, die Taktik der kommunistischen Partei prinzipiell zu begründen." (LW 31, S.246)

Eben diesen leninistischen Geist haben sich die Bruderorganisationen zueigen gemacht und dementsprechend handeln sie auch. D.h. wir behandeln die Fragen und Probleme im jeweiligen Arbeitsbereich durchaus nicht nur als etwas die jeweilige Organisation oder Partei betreffendes, wozu "von außen" keine Meinung geäußert oder keine Debatte geführt werden könne. Ganz im Gegenteil führen wir sogar lebhaft Debatten und üben Kritik und Selbstkritik auch dort, wo die pseudomarxistischen "ML-Diplomaten" und Bürokraten von "Einmischung" zeternd, um nicht kritisiert zu werden und einer nötigen Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen. Dabei zeichnen sich unsere Beziehungen gerade durch die Ablehnung echter Einmischung, Druckmaßnahmen, Drohungen usw. aus. Diese Wiederbelebung der Lenin-Stalinschen Normen in den Beziehungen zwischen marxistisch-leninistischen Organisationen und Parteien betrachten wir als eine sehr wesentliche Errungenschaft unserer brüderlichen Beziehungen, die wir sorgfältig bewahren und weiterentwickeln müssen.

Wir betrachten es unsererseits als festen Bestandteil unserer Arbeit, sich mit den Entwicklungen und Problemen des Kampfes unserer Bruderorganisationen und aller revolutionären Kräfte auseinanderzusetzen und unser bestes zu ihrer Unterstützung zu geben.

In nächster Zeit wird von großer Bedeutung sein, aktiv bei der Bewältigung des großen Arbeitsprogramms mitzuwirken, welches sich der WBK, GDS und die MLPÖ gemeinsam vorgenommen haben, in dessen Mittelpunkt die Auswertung der großen Erfahrungen und Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin sowie der Kommunistischen Internationale für unseren heutigen Kampf sowie auch die Lehren aus der Entartung der ehemals sozialistischen Länder und kommunistischen Parteien für heute, für den siegreichen Kampf für den Kommunismus heute und morgen, stehen wird.

ES LEBE DER WESTBERLINER KOMMUNIST !

ES LEBE DIE MLPÖ !

ES LEBE DER BRÜDERLICHE BUND ZWISCHEN WBK, GDS UND MLPÖ UND ALLEN WAHREN MARXISTEN-LENINISTEN AUF DER WELT !

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS !

ES LEBEN DIE UNBESIEGBAREN LEHREN VON MARX, ENGELS, LENIN UND STALIN !

Unsere LESER haben das Wort:

Zur Einschätzung Scargills

Von einem Leser aus Glasgow, einem jungen Arbeitslosen, mit dem wir seit einiger Zeit einen Briefwechsel führen, erhielten wir die folgende Kritik an der Einschätzung der Rolle Scargills im englischen Bergarbeiterstreik in der RF 217, die wir hier übersetzt abdrucken:

★

"Liebe Genossen,

Danke für Euren letzten Brief...

In der RF 217 habt ihr geschrieben:

"Am Ende des Streiks hat auch Scargill, der Führer der NUM, viel von seiner Popularität verloren." (S.16)

Ich kann dem nicht zustimmen. Gewiss ist Scargill unpopulär unter denen, die während des Streiks Streikbrechertum begingen und unter den nach dem Streik demoralisierten Elementen in der Gewerkschaft. Aber Scargill wird von den fortgeschrittensten und klassenbewußten Elementen immer noch als ihr Führer angesehen.

Ihr habt vielleicht zum Beispiel von den Debatten auf den Kongressen des TUC* und der Labour-Partei

gehört. Da haben die kapitalistische Presse und die sozialdemokratischen Verräter den Streik und Scargill persönlich angegriffen. So kann man sagen, daß diejenigen, die sich dem Streik am meisten widersetzen, Scargill hassen (so wie die abtrünnige Streikbrechergewerkschaft in Nottingham), während jene, die den Streik unterstützen, ihn verteidigen. Scargill wird von den Militanten noch mit dem Streik identifiziert, sie beschuldigen ihn oder die NUM-Führung nicht, wenigstens nicht insgesamt. Die Militanten greifen die TUC-Führer* und Kinnock etc. in der Labour-Partei an. Mit anderen Worten, die Attacken gegen Scargill kommen von der Rechten, nicht von der Linken.

Ich würde gerne Eure Meinung dazu hören..."

Im Namen der RF-Redaktion erhielt der schottische Freund zu dieser Frage in einem Brief die folgende Antwort:

★

"Lieber Freund,

Nun die Antwort auf Deinen Brief.

Der wichtigste Punkt ist Deine Kritik in Bezug auf die Einschätzung von Scargill. Wir denken, daß Deine Kritik einen wichtigen Punkt anspricht. Wir müssen auch feststellen, daß Du viele Dinge in Verbin-

dung mit dem Bergarbeiterstreik aus Deiner eigenen Erfahrung kennst, während wir in vielen Punkten nur das wissen, was die bürgerlichen Zeitungen darüber geschrieben haben.

Betreffend die Rolle Scargills haben wir zum Beispiel in einer westdeutschen Zeitung, der "Süddeutschen Zeitung", gelesen, daß es viel Zorn gegen Scargill gab, als er erklärte, daß der Streik beendet sei. Diese Zeitung schrie, daß

* Der TUC ist der englische Gewerkschaftsdachverband. (Anmerkung der RF-Redaktion).

die Arbeiter vor dem Haus ihn gar nicht anhören wollten, daß sie ihn voll Wut "Lügner" und so weiter nannten und daß die Polizei ihn zurück ins Haus bringen mußte, damit er durch einen anderen Ausgang weggehen konnte ("Süddeutsche Zeitung", 5.3.1985).

Aufgrund solcher Informationen kamen wir zu der Einschätzung, daß die Führung der NUM, speziell Scargill, viel von ihrer Popularität verloren haben.

Jetzt sehen wir, daß es in unserem Artikel eine Unterschätzung der reformistischen Führer vom Typus eines Scargill gibt. Wir denken allerdings schon, daß die fortgeschrittensten Arbeiter, die über die Situation nachdenken und nach einem revolutionären Ausweg suchen, beginnen die wirkliche Rolle von Führern wie Scargill zu sehen. Von ihnen müssen wir jedoch die Arbeiter unterscheiden, die militant ökonomische Kämpfe führen, aber, wie es scheint, die verräterische Natur Scargills und seinesgleichen noch nicht erkennen.

Wir meinen, daß es da zwei entscheidende Punkte gibt:

Erstens die Frage der Existenz oder Nichtexistenz einer marxistisch-leninistischen Partei, die notwendig ist, um den Arbeitern ein klares Verständnis von ihren Kämpfen zu vermitteln, ein klares Verständnis davon, wer Freund und wer Feind ist, ein klares Verständnis von den Gesetzen des Klassenkampfes auf dem Weg der Vorbereitung der proletarischen Revolution. Eine solche wirkliche kommunistische Partei besteht heute in England oder Schottland nicht. Wir können nicht einmal eine kleine revolutionäre Kraft feststellen, welche die Arbeit für den Aufbau einer solchen Partei beginnt, zumindest haben wir keinerlei Information über die Existenz einer solchen Organisation oder Gruppe.

Zweitens müssen wir feststellen, daß der Bergarbeiterstreik eine große Erfahrung war und daß die Arbeiter während dieses Jahres heldenhafter Kämpfe sehr viel gelernt haben. Aber, wie es scheint, sind mehr Erfahrungen notwendig, damit breitere Sektoren der Arbeiterklasse sehen, daß Scargill usw. nicht die Führer sind, die für ihren Klassenkampf notwendig sind, genauer gesagt, für den revolutionären Klassenkampf gegen das gesamte System des Kapitalismus.

R.F. & F. Einheitsorgan Wien / Volksorgan Wien 1988

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICH
Nummer 217 Ausgabe August 1985 S. 142

Der heldenhafte Kampf der englischen Bergarbeiter

- WARUM IST ES IN ENGLAND ZUM BERGARBEITERSTREIK GEGANGEN?
- WARUM ENDETE DER STREIK DER BRITISCHEN BERGLAUTE NACH 12 MONATEN MIT EINER NIEDERLAGE?
- WAR DER ZWÖLFMONATIGE KAMPF DER ENGLISCHEN BERGARBEITER VERGESLICH?
- DIE BEDEUTUNG DER UNTERSTÜTZUNG IM LANDE UND DER INTERNATIONALEN SOLIDARITÄT
- ZUR ROLLE DER FRAUEN IM KAMPF
- DIE SCHARDE DES ÜGB



DOKUMENTE

- STALIN ÜBER DEN ENGLISCHEN STREIK 1926
- ROSA LUXEMBURG ÜBER DEN ENGLISCHEN BERGARBEITERSTREIK 1895

Anfang des Jahres sprach bei uns in Wien Scargill auf einer Versammlung, die von den Revisionisten der sogenannten "Kommunistischen Partei Österreichs" und einigen Sozialdemokraten der "Sozialistischen Partei Österreichs", welche heute die führende Partei in der österreichischen Regierung ist, organisiert wurde.

Scargill hatte viel Erfolg und sagte eine Menge Dinge über den Bergarbeiterstreik, die gar nicht so übel waren. Hier muß Du sehen, daß es in Österreich heute geradezu eine "Sensation" ist, wenn ein Gewerkschaftsführer kommt, der von "Klassenkampf", "herrschende Klasse" usw. spricht, denn die Gewerkschaftsführer des ÜGB vermeiden es tunlichst, diese Worte auch nur in den Mund zu nehmen, sie ziehen es vor, von "Sozialpartnerschaft" zu faseln.

Aber da waren besonders drei Punkte, die zeigten, daß Scargill ein reformistischer Arbeiteraristokrat im Dienste der Aufrechterhaltung des Ausbeutersystems ist.

Der erste Punkt ist, daß er seine volle Unterstützung für die Labour-Partei erklärte. Er behauptete, daß die Labour-Partei an der Regierung ein Programm im Sinne der Arbeiter verwirklichen würde und die gegen die Arbeiter gerichteten

Maßnahmen der Tories rückgängig machen würde, sie würde die Reprivatisierung rückgängig machen und dergleichen mehr. - Allerdings: Würde die Labour-Partei wieder an die Regierung kommen, könnten die Arbeiter sehen und die Erfahrung machen, daß dies im wesentlichen betrügerische Behauptungen Scargills sind.

Der zweite Punkt ist, daß er direkt und offen erklärte, daß es eine wirkliche Möglichkeit eines "friedlich-parlamentarischen Wegs zum Sozialismus" gebe. Das zeigte sein wahres reformistisch-revisionistisches Gesicht.

Der dritte Punkt ist seine Unterstützung für die revisionistischen und sozialimperialistischen Länder, die er als "sozialistisch" bezeichnete.

Zur Einschätzung des ÖGB

In den Diskussionen über die RF 214 gab es eine Reihe von Anfragen und Kritiken in Bezug auf die Haltung der MLPÖ zum ÖGB und zur Gewerkschaftsfrage überhaupt. So schreibt ein Genosse aus Westdeutschland:

"S.14 wird der ÖGB als Werkzeug zur Niederhaltung der Massen bezeichnet. Gleichzeitig wird nicht vom innergewerkschaftlichen Widerstand gegen diese faschistoiden Gewerkschaftsbözen und Arbeiterbürokraten berichtet. Wir können uns nicht vorstellen, daß es keinen Widerstand innerhalb der Gewerkschaften gegeben hat und finden ihn umso wichtiger, als verhindert werden muß, daß die Kräfte der Hainburgbewegung im negativen Sinne überhaupt gewerkschaftliche Arbeit ablehnen, weil der Apparat eben ein Werkzeug des Staates ist. Hier etwas nachzuschieben und zu ergänzen wäre gewiss sinnvoll."

Tatsächlich hat es gegen die reaktionären Machenschaften der ÖGB-Führung und ihrer Kreaturen auch innerhalb des ÖGB Widerstand und Protest gegeben. Eine ganze Reihe von ÖGB-Mitgliedern und Gewerkschaftsgruppen hat in Protestschreiben und Resolutionen ihre ablehnende Haltung gegenüber der üblen Politik des ÖGB zu "Hainburg" zum Ausdruck ge-

Wir sind sicher, wenn jemand Scargill besser kennt, als wir es tun, so wird er noch viele Punkte finden, die es erlauben, ihn mehr und mehr anhand von Fakten und Erfahrungen zu entlarven. Aber es ist klar, daß dies nicht die Arbeit von nur einigen Wochen oder nur einem Jahr ist, sondern auf längere Sicht, auf Jahre oder selbst Jahrzehnte, wenn wir die breiten Massen der Arbeiter und Werktätigen im Auge haben.

Auf jeden Fall müssen wir betonen, daß man sich nicht auf eine "Selbstentlarvung" verlassen darf, denn die herrschende Klasse hat viele Möglichkeiten neuer Demagogien und Betrugereien. Es ist die Aufgabe der Marxisten-Leninisten, die Arbeiter bewußt zu machen und sie für die Revolution zu organisieren.

bracht. Das hätte in dem Artikel auch vermerkt werden müssen. Zumal der Artikel nicht die Frage beantwortet, wie wir als Marxisten-Leninisten zur Arbeit in den Gewerkschaften stehen, was auch nicht eigentliches Thema des Artikels war. Es erscheint uns notwendig und zweckmäßig, hier unsere Haltung dazu knapp darzustellen:

Es ist eine entscheidende Aufgabe, alle Illusionen über den Charakter des ÖGB, seiner Funktion, seines Apparats, der Rolle seiner Führer und aller Gewerkschaftsbürokraten zu bekämpfen und zu zerschlagen. In der RF 215 haben wir dazu geschrieben:

"Der ÖGB ist keine kämpferische Klassengewerkschaft des Proletariats. Ganz im Gegenteil! Der ÖGB - unter der Führung von Benya und Co. ebenso wie unter der von Böhm, Olah usw. in den Fünfziger- und Sechzigerjahren - ist praktisch seit den Anfängen der 2. österreichischen Republik eine der entscheidenden Stützen der Herrschaft des Monopolkapitals in unserem Land, eines seiner wichtigsten Werkzeuge nicht nur zur Niederhaltung, Wehrlosmachung und Disziplinierung der österreichischen Arbeiterklasse, sondern auch aller

anderen Schichten der Bevölkerung, falls sie sich dem herrschenden System gegenüber widerspenstig zeigen.

Die Grundlage dieser Rolle des ÖGB, die mit der Rolle der österreichischen Sozialdemokratie untrennbar zusammenhängt, ist die schon seit der Jahrhundertwende erfolgte Herausbildung und Etablierung einer modernen Arbeiteraristokratie, einer gerade in Österreich beträchtlichen Minderheit, die bis zu einem gewissen Grad an der Ausbeutung der Massen des eigenen und anderer Völker mitbeteiligt und dadurch korumpiert ist.* Die mittels imperialistischer Extraprofite bestochene Arbeiteraristokratie, das sind wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus, wirkliche Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Die sich aus der Arbeiteraristokratie rekrutierende Gewerkschaftsbürokratie und besonders die ÖGB-Bözen sind schon längst mit dem österreichischen Finanzkapital verwoben. Die Gewerkschaftsbürokraten und ÖGB-Bözen, die sich als Vertreter der arbeitenden Menschen ausgeben, sind in Wahrheit Vertreter des Kapitals oder selbst Kapitalisten, Ausbeuter. Sie haben längst begonnen, an der kapitalistischen Profitwirtschaft kräftig mitzuprofitieren und schmarotzen unverschämt auf dem Rücken der werttätigen Massen." (S.5)

Diese Feststellungen sind unverzichtbar, auf ihnen muß gegenüber jeglichem Rechtsopportunismus und Illusionsmacherei beharrt werden. Doch keinesfalls dürfen daraus falsche Schlußfolgerungen gezogen werden!

Die Entlarvung der reaktionären Gewerkschaftsführer und die Zerschlagung aller Illusionen über den imperialistischen Gewerkschaftsapparat bedeutet nicht, daß die Marxisten-Leninisten die Losungen ausgeben "Heraus aus der Gewerkschaft" oder gar "Zerschlagt die Gewerkschaften".

Stalin hat 1925 ausführlich gegen jene polemisiert, welche damals für die

Losung "Heraus aus den Gewerkschaften" Reklame gemacht haben. Ausführlich erläuterte Stalin, daß solche "Kommunisten" absolut nicht die "Besonderheit in der Psychologie des europäischen Durchschnittsarbeiters" begriffen haben, die sich daraus ergibt, daß die Arbeiter dort (im Unterschied zu Rußland) noch vor der Bildung einer revolutionären Partei Gewerkschaften geschaffen haben, denen sie sich in einer jahrzehntelangen Tradition verbunden fühlen. Stalin verurteilte scharf die Leute, welche die "antiproletarische und antirevolutionäre Losung 'Heraus aus den Gewerkschaften!'" aufstellten:

"Diese Leute gedenken, die Gewerkschaften von außen her 'zu attackieren', da sie diese für ein feindliches Lager halten. Sie begreifen nicht, daß bei einer solchen Politik die Arbeiter diese Leute eben als Feinde betrachten werden. Sie begreifen nicht, daß die Arbeiter in ihrer Masse die Gewerkschaften - ob sie nun gut oder schlecht sind - dennoch als ihre Festungen betrachten, die ihnen helfen, den Arbeitslohn, den Arbeitstag usw. zu bewahren. Sie begreifen nicht, daß eine solche Politik das Eindringen der Kommunisten in die Millionenmassen der Arbeiterklasse nicht erleichtert, sondern ihm Abbruch tut. 'Ihr attackiert meine Festung', kann der Durchschnittsarbeiter aus der Masse solchen 'Kommunisten' sagen. 'Ihr wollt das Werk zerstören, an dem ich jahrzehntelang gebaut habe...' (Stalin, "Zu den Ergebnissen der Arbeiten der XIV. Konferenz der KPR (B)", SW 7, S.90, 1925)

* Eine Genossin hat mit Recht kritisiert, daß in der RF 214, S.14 zwar die Rede davon ist, daß die Arbeiteraristokratie die "Grundlage" der Rolle des ÖGB ist, daß diese Charakterisierung dort aber ungenügend ist, weil nicht ausgeführt ist, daß die Gewerkschaftsbürokraten und ÖGB-Bözen "schon längst mit dem österreichischen Finanzkapital verwoben" sind. Diese Kritik ist richtig, auch wenn wir auf der Einschätzung bestehen müssen, daß tatsächlich die Arbeiteraristokratie, wie in der Nummer 214 ausgeführt, die "Grundlage" der Rolle des ÖGB ist, weil die Arbeiteraristokratie die soziale Basis der Agenten des Imperialismus in der Arbeiterbewegung ist, weil sich daraus entscheidend auch die Arbeiter- und Gewerkschaftsbürokratie rekrutiert.